

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 37.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 8. bis 14. September 1911.

Posen, den 19. September 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 207 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. September 1911:Mit Bezug auf die Rede, welche der Berliner
Oberbürgermeister auf dem**Posener Städtetage**

gehalten hat, meint das Blatt:

... Woher hat Herr Kirschner die Legitimation genommen, der Verwaltung der Stadt Posen die patriotischen Pflichten in Erinnerung zu bringen? Seinem Regiment im „roten Hause“ in Berlin haben doch die Konservativen so manches Mal Mangel an Patriotismus vorgeworfen, und sogar die tiefen, sehr tiefen Verbeugungen, die Herr Kirschner vor den verschiedenen großen und kleinen Monarchen am Brandenburger Tor gemacht hat, vermochten nicht, in den Augen der konservativen Gegner des Herrn Kirschner alle Zweifel bezüglich seines patriotischen Oberbürgermeister-Regiments zu beseitigen.

Unseres Erachtens gehen die städtische Verwaltung in Posen irgendwelche besondere deutsch-patriotische Interessen garnichts an, denn dazu sind andere Organe da. Dagegen hat sie die Pflicht, sich um die Interessen aller Bewohner der Stadt, sowohl der Polen, als auch der Deutschen zu kümmern unter Beobachtung völliger Gleichberechtigung. Schade, daß Herr Kirschner in dieser Hinsicht unsern Stadtvertretern keine entsprechenden Ratschläge erteilt hat. Sie wären mehr am Plage gewesen, als alle patriotischen Vermahnungen.

Aus Nr. 205 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. September 1911:

Der Vorsitzende des Vereins der Freunde der Wissenschaften in Posen, der **hochwürdigste Herr Bischof Dr. Lefowski**, feiert im laufenden Jahre sein 50jähriges Priesterjubiläum.

Der Verein der Freunde der Wissenschaften hält es für seine Pflicht, dem verehrungswürdigen Vorsitzenden im Jubiläumsjahre eine Huldigung der Verehrung und Dankbarkeit darzubringen, eine um so größere Pflicht, als der hochwürdige Jubilar vor 50 Jahren die literarische Scholle zu bestellen begann, das goldene Priesterjubiläum somit gleichzeitig den goldenen Jahrestag seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bildet.

Die Arbeiten des hochwürdigsten Bischofs Dr. Lefowski haben in der Wissenschaft hohe Anerkennung gefunden, und unser höchstes wissenschaftliches

Institut, die Akademie der Wissenschaften, zählt ihn seit langem zu ihren verdienten Mitgliedern.

Um dem verehrungswürdigen Jubilar öffentlich die huldigende Anerkennung darzubringen, wird für die Mitglieder und geladenen Gäste im Sitzungssaale des Vereins der Freunde der Wissenschaften in Posen am Mittwoch, den 20. September d. J.

eine Jubiläumsversammlung

stattfinden.

Programm der Feier.

1. Choralgesang.
2. Ansprache im Namen des Vorstandes des Vereins der Freunde der Wissenschaften.
3. Ansprache des Prof. Dr. Stanislaus Karwowski: „über die Verdienste der Geistlichkeit um die Hebung der Bildung in Polen“.
4. Ansprachen der Deputationen.
5. Chorgesang.

Aus Nr. 208 des Lech (Gnesen)
vom 12. September 1911:**Der Jahrestag der Schlacht bei Wien.**

In diesem Artikel heißt es u. a.:

„So wurde also dieser 12. September zu einem Tage ewigen Ruhmes für das polnische Heer, aber schon damals war der deutsche Neid bemüht, das Verdienst der Polen zu verringern. Heute verkünden die Preußen der ganzen Welt, daß das Verdienst Sobieskis und seines Heeres nichts war im Vergleich zur Tapferkeit der deutschen Truppen. Es ist auch wirklich schade, daß Sobieski den Deutschen zu Hilfe geeilt ist, denn in Polen war damals genug zu tun, und geradezu ein Fehler war es, das freundschaftliche Verhältnis mit der Türkei, das doch ein natürlicher Verbündeter Polens war, zu zerstören und für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Heute lohnt man uns für den Edelmut und die Ritterlichkeit unserer Vorfahren mit schwarzem Umdank. Wir sind indessen stolz auf die heldenmütigen Taten unserer Vorfahren, die nicht des Raubes und niedrigen Gewinnes wegen zu den Waffen griffen, sondern aus idealen und edlen Beweggründen. Deshalb leuchtet uns auch das Andenken an unsere herrliche Vergangenheit wie ein führender Stern voran und ist unser Trost in unserm Kampfe mit dem übermächtigen Gegner. Eine Nation mit solchen Taten, wie der Sieg des Königs Johann bei Wien eine war, eine Nation mit solcher Tradition kann nicht untergehen!“

Aus Nr. 210 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. September 1911:

Die Angelegenheit der Kandidatur des Propstes Gryglewicz im Wahlkreise Wirsiß— Schubin—Znin.

Aus dem Kreise Wirsiß.

Der Termin der Wahlen zum deutschen Reichstage ist bereits halbamtlich festgesetzt und wir kennen beinahe die Stunde derselben. Trotzdem tun wir unsrerseits wenig, uns gehörig auf den Kampf vorzubereiten. Hin und wieder läßt irgendeine Zeitung etwas über die künftigen Wahlen verlauten, dann wird viel über die Agitation der deutschen Parteien geschrieben, oder auch darüber, daß dieser oder jener Abgeordnete ein Mandat nicht mehr annehmen will. Dann folgt eine kurze Berichtigung in dieser Angelegenheit, von Zeit zu Zeit erscheint in dieser oder jener Zeitung die Kandidatur irgend eines zukünftigen Abgeordneten, aber gewöhnlich begnügt man sich mit kurzen Notizen, weil die Zeitungen für längere Diskussionen in dieser wichtigen Angelegenheit keine Zeit und keinen Raum haben, und man überläßt die Wahl der Abgeordneten-kandidaten der Frage der Zeit. Das kommt von selbst, sagt man gewöhnlich, aber für andere Artikel, deren Umfang durchaus kein bescheidener ist, ist genügend Zeit und Papier vorhanden. Besonders gegenwärtig haben sogar unsere „demokratischen“ Zeitungen genügend Platz für umfangreiche Artikel über das große „Unglück“, das der Volksversammlung in den Grenzmarken infolge des Entstehens der nationalen Volkspartei droht. Besser würde es sein, wenn sich die in Frage kommenden Faktoren energisch mit der Agitationsarbeit befassen würden, weil sie auf diese Art der Sache dienen würden, während sie ihr durch ihre jetzige Tätigkeit nur schaden.

Auch in unserem Kreise hat man sich, trotzdem wir schon lange genug wissen, daß der Abgeordnete Czarinski wegen seines Alters bei uns nicht mehr kandidieren will, nicht bemüht, — wenigstens nicht öffentlich — einen würdigen Nachfolger für unseren wackeren und ehrwürdigen Abgeordneten zu suchen. Erst seit gewisser Zeit hat man im Dziennik Bydgoski auf den hochwürdigen Propst Gryglewicz aus Slesin, als einen würdigen Nachfolger unseres Abgeordneten Czarinski aufmerksam gemacht. Diesem Vorschlage wurde, wie man erwarten konnte, Beifall gesendet, wenn auch hier und dort mit einer gewissen Einschränkung, aber von tieferen Gedanken in dieser Angelegenheit ist nirgends etwas zu hören, trotzdem es eine Frage ist, die besonders uns Polen in unserem Wahlkreise sehr viel angeht. Man kann annehmen, daß man hier im Kreise Wirsiß mit der Kandidatur des Propstes Gryglewicz einverstanden sein wird, und dies um so mehr, als er uns hier eine genau bekannte Persönlichkeit ist. Bei so manchem Ablauf in unserem Kreise ist er als vortrefflicher Kanzelredner aufgetreten, das Volk hat ihm gern und mit Begeisterung zugehört, und man muß erwarten, daß es ihn mit gleicher Begeisterung als Abgeordneten begrüßen wird. Und vielleicht kann auch der Umstand, daß er hier weiten Kreisen persönlich bekannt ist, den Verlauf der Wahlen erfolgreich beeinflussen und ein günstiges Resultat erbringen. Wir erinnern uns noch daran, daß bei den letzten Wahlen im Jahre 1907 von der gegnerischen Seite ein Aufruf „An das polnische Volk“ erlassen wurde, in welchem ausdrücklich gesagt war, daß jeder Pole für den Landrat Graf Wartensleben aus Wirsiß seine Stimme abgeben mußte, weil er ihn kenne, während Herrn von Czarinski, der bei uns in Versammlungen allerdings nicht aufgetreten war, niemand

persönlich kenne. Es ist schwer zu berechnen, wie viele unserer Stimmen auf diese Art verloren gehen konnten. Gegenwärtig stellen wir die Sache ebenso dar und stellen dem Volk als Kandidaten den Propst Gryglewicz vor, indem wir erklären: Das ist euer passendster Kandidat, das ist der euch gut bekannte völkische Geistliche, der polnische Priester und Patriot, der für das Wohl des polnisch-katholischen Volkes bereits Festungshaft erlitten hat!

Durch eine solche Darstellung der Sache läßt sich vielleicht noch so manches retten, was sonst für uns verloren ist. Man muß erwarten, daß auch die Kreise Schubin und Znin, trotzdem Propst Gryglewicz dort persönlich weniger bekannt ist, diese Kandidatur freundlichst aufnehmen werden, denn die Person und die Arbeit des Propstes Gryglewicz ist doch allgemein bekannt. Und mit seinen Überzeugungen ist er stets und überall kühn hervorgetreten. Erinnern wir uns nur an die öffentliche Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts für unsere Kinder, ferner an sein kühnes Auftreten gegen den Geheimrat Waschow in Bromberg, dem er, ebenso wie dem „Posener Tageblatt“ kühn Unwahrheit vorgehalten hat, die die in Frage kommenden Faktoren nicht bestreiten konnten; schließlich hat seinem nationalen Charakter die dreimonatige Festungshaft ein treffendes Gepräge verliehen. Er hat sich also bereits genügend verdient gemacht, um Abgeordneter werden zu können, von dem wir sicher sein können, daß er uns nicht täuschen wird! Man müßte also wünschen, daß die in Frage kommenden Faktoren und auch die Herren in den Komitees die Kandidatur des Propstes Gryglewicz überall unterstützen, wenigstens sich aber nicht bemühen, sie zu hintertreiben, oder durch irgend eine gemalte Figur zu ersetzen. Insbesondere muß aber das Volk darauf achten, daß seinem Willen Genüge geschieht, und daß es gewisse einzelne Persönlichkeiten nicht vergewaltigen.
Ein Grenzmarkler.

Aus Nr. 208 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 13. September 1911:

Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Dieser Tage erschien der 39. Jahresbericht des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Posen und Westpreußen für das Jahr 1910, zusammengestellt und veröffentlicht vom Domherrn Adamski, Kurator. Druck der St. Adalbert-druckerei.

Der Bericht enthält zunächst die Tagesordnung des diesjährigen Verbandstages, der am 26., 27. und 28. September stattfinden wird, sodann einen warmen Nachruf für den verstorbenen Kurator Prälaten Wawrzyniak nebst Porträt. Dann folgt die umfangreiche Ansprache über den verstorbenen Kurator Wawrzyniak, welche vom Kurator Adamski auf dem am 12. Januar 1911 veranstalteten außerordentlichen Verbandstage gehalten worden ist.

Aus dem Verbandsbericht für das Jahr 1910 bieten wir die nachstehenden Einzelheiten.

Alle Vorkommnisse des verflossenen Jahres überträgt in der Geschichte des Verbandes eines: der Tod des Kurators Wawrzyniak, dem an anderer Stelle ein besonderer Nachruf gewidmet worden ist.

Nach dem Tode des Genannten übernahm die Verwaltung des Verbandes gemäß den Satzungen der stellvertretende Kurator Dr. Rzepnikowski bis zur Wahl des neuen Kurators.

Auf dem außerordentlichen Verbandstage vom 12. Januar 1911 wurde die Wahl des neuen Kurators vollzogen. Die Wahl eines Kuratoriummitgliedes

wurde bis auf den diesjährigen Verbandstag vertagt. Jetzt ist die Zusammensetzung des Kuratoriums folgende:

Geistlicher Adamski, Kurator,
Dr. Rzepnikowski, Vertreter,
Pfarrer Bolt,
Julian v. Dzembowski,
Dr. Karasiewicz.

In dem Moment, in welchem der Bericht zum Druck gegeben wurde, traf den Verband und das Kuratorium ein zweiter schwerer Schlag, der Tod Michael Wienkowskis, des Direktors der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften und langjährigen Mitgliedes des Kuratoriums. Dieses Amt bekleidete er 18 Jahre hindurch von 1893 an, in der ersten Zeit hiermit durch das Vertrauen der Verbandstage beehrt, später als Direktor der Verbandsbank.

Die durch Verbandsfassungen zugewiesenen Angelegenheiten erlebte das Kuratorium in den Sitzungen vom 28. Oktober, 12. November 1910, 12. Januar, 31. März, 11. Mai und 27. Juni 1911. Man besaß sich mit der Ausführung der Verbandstagsbeschlüsse und mit der Besprechung der vom Kurator und den Revisoren vorgelegten Verbandsangelegenheiten.

Besondere Beachtung widmete man den Genossenschaften. Ferner fanden die schon früher angeregten Versammlungen von Vertretern der Kolniks statt, und zwar am 30. Juni und 28. Oktober 1910, sowie am 31. März 1911. Zum 11. Mai 1911 ist eine besondere Versammlung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden einberufen worden. Nach dem Muster der Versammlungen und Kolnikvertreter berief das Kuratorium besondere Versammlungen der Vertreter der landschaftlichen Genossenschaften ein. Solche Versammlungen haben am 27. Oktober 1910 und 11. Mai 1911 stattgefunden. Noch unter Mitbeteiligung des verstorbenen Kurators fand am 24. bis 26. Oktober 1910 in Ostrowo ein Genossenschaftsfest statt; ein ebensolcher, vor allem für Kolniks bestimmter, vom 29. bis 31. Mai d. Js. in Posen.

Um die von den Revisoren gerügten Mängel zu beseitigen, verhandelte der Kurator im Sinne des § 40 der Verbandsfassungen mit den einzelnen Genossenschaften. Einzelne Genossenschaften überwies man den Mitgliedern des Kuratoriums zur besonderen Obhut.

Der allgemeine Bericht des Kuratoriums vervollständigt sich wie folgt:

Der Kurator hat die Pflicht, die Verbandsgenossenschaften zu überwachen und zu unterstützen durch außerordentliche und nicht angekündigte Revisionen, sowie mittelst Durchführung der einschlägigen Korrespondenzen und durch Gründung neuer Genossenschaften.

Nach dem Bericht für 1909 zählte der Verband 248 Genossenschaften. In Abgang kam die Volksbank in Jablonowo, welche in Liquidation getreten war infolge Mangels an entsprechenden Leuten für die Verwaltung der Genossenschaft. Es blieben 247 Genossenschaften. In den Verband wurden aufgenommen: 6 Volksbanken: Margonin, Rakel, Adelnau, (Darlehnskasse) Posen, (Darlehnskasse) Stuhm, Zuckau, 7 Kolniks: Strazburg (Wpr.), Grätz, Hohenfalza, Lasin, Pudewitz, Dirschau, Vandsburg, — 4 landwirtschaftliche Genossenschaften: Gnesen, (Landbank) Golantsch, Mogilno, Wreschen, — sowie schließlich die Genossenschaft „Damenkonfektion“ in Posen. So zählt dieser Verband gegenwärtig 265 Genossenschaften.

Neu entstanden sind folgende Genossenschaften, welche für die Aufnahme in den Verband kandidieren:

1. Pinne-Kolnik,
2. Kriewen-Kolnik,
3. Hohenfalza-Bank der Gewerbetreibenden,
4. Borzyszkowo-Volksbank,

5. Zempelburg-Volksbank,
6. Kaymierz-Volksbank,
7. Skalmirschütz-Volksbank,
8. Zirke-Volksbank,
9. Zirke-Kolnik,
10. Gnesen-Landschaftl. Bank,
11. Zilehne-Landschaftl. Genossenschaft,
12. Hohenfalza-Landschaftl. Genossenschaft,
13. Opaleniza-Volksbank,
14. Schweß-Landschaftl. Genossenschaft,
15. Schweß-Kolnik,
16. Culmsee-Kolnik,
17. Punitz-Landschaftl. Genossenschaft,
18. Görchen-Gleba-Landschaftl. Genossenschaft,
19. Czarnikau-Kolnik,
20. Kosten-Kaufmännisch-industrielle Bank.

Wegen Gründung neuer Genossenschaften verhandelt der Kurator.

Bekanntlich bestehen außerhalb des Verbandes die nachstehenden Genossenschaften:

1. Bromberg-Baugenossenschaft,
2. Gnesen-Baugenossenschaft,
3. Schubin-Baugenossenschaft,
4. Gnesen-Schuhmachergenossenschaft,
5. Grätz-Neue Gräzer Brauerei,
6. Culm-Landschaftl. Genossenschaft,
7. Jarotichowo-Darlehnskasse,
8. Berent-Berlagsgenossenschaft,
9. Berent-„Dom“,
10. Krotoschin-„Strzecha“, Baugenossenschaft,
11. Kosten-Genossenschaftsdruckerei,
12. Leng-Bank,
13. Leng-Konsumverein,
14. Pelpin-Kolnik,
15. Stenditz-Kolnik,
16. Ramien-Kolnik,
17. Posen-Ceres,
18. Posen-Hermes,
19. Posen-Gniazdo,
20. Posen-Letnisko,
21. Posen-Schronisko,
22. Posen-Znicz,
23. Thorn-Kreditgenossenschaft,
24. Zopott-Macierz.

Ob und welche der obigen Genossenschaften sich zur Aufnahme in den Verband melden und Aufnahme finden werden, das wird die Zukunft lehren.

Die Kasse des Verbandes stellt sich i. J. 1910/11 wie folgt dar: Einnahme 42543,85 Mark, Ausgabe 25610 Mark. Zum Reservefonds gelegt: 10000 Mark, Bestand pro 1911/12: 6933,35 Mark, Bilanz in Aktiven und Passiven: 36933,35 Mark.

Die Verbandsbibliothek, die bis zum Berichtsjahr 403 Werke umfaßte, ist um 27 schätzenswerte Bücher bereichert worden und zählt gegenwärtig 430 Werke.

Der Verbandsbericht umfaßt gleichzeitig den 25. Jahresbericht der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften für das Jahr 1910. Der Gesamtumsatz ist gegen das Vorjahr von 606856088,23 Mark auf 637682664,58 Mark gewachsen.

Weiter enthält der Verbandsbericht den Bericht des Aufsichtsrats und des Kurators, einen Nachweis der Genossenschaften, welche Aktien der Verbandsbank besitzen, sowie eine Übersicht über die wichtigsten Bilanzziffern vom Schlusse eines jeden Rechnungsjahres.

Dieser erste Jahresbericht des neuen Kurators Domherrn Adamski ist überaus erschöpfend.

Aus 205 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 8. September 1911:

Um ein bekanntes lateinisches Wörtchen.
Wongrowitz.

Vor drei Wochen teilten wir mit, daß die Post eine mit „Wielmożna Marya Piłczyńska, loco adresierte Karte Herrn Thelesphor Ulatowski zurückgegeben habe mit der Überschrift über dem „loco“: „Ort unbekannt.“ Die Karte hatte der Assistent Herr Roegner, welcher auf der Janowitzer Straße wohnt, zurückgeschickt, wie seine Unterschrift bezeugt. Sollte sogar ein Assistent nicht wissen, was „loco“ bedeutet, wenn es sich um eine polnische Karte handelt?

Herr T. U. hat gleich an den Herrn Minister Krawetz eine Beschwerde ungefähr folgenden Inhalts gerichtet:

„Den Herren Preußen ist es nur nicht erlaubt, polnisch zu verstehen, „loco“ aber ist doch ein (landläufiger Red.) lateinischer Ausdruck und bedeutet „Am Orte.“ Die Preußen rühmen sich vor der Welt, sie stünden an der Spitze der Kultur. Kann man eine Nation, die nur eine Sprache kennt, überhaupt eine zivilisierte nennen? Ist das eines internationalen Instituts würdig? Wollen die Herren Preußen auf eine solche Weise aus uns Polen gute preußische Untertanen machen? Daran wird der Herr Minister selbst zweifeln. Herr T. U. erinnerte den Herrn Minister, daß er, (U) als er vor 40 Jahren in die Posener Mittelschule und später in das Mariengymnasium gegangen sei, stets seinem früheren Lehrer Heinze, einem Deutschen, die Hand und dieser ihn auf die Stirn geküßt habe mit den Worten: „Lerne gut Latein, dann wirst du ein guter Geistlicher werden.“ Wenn ich heut einen Sohn hätte, und dieser würde einem Preußen die Hand küssen, so würde ich ihm einen solchen Denktzettel geben, daß er sein ganzes Leben daran dächte. Und wer ist daran schuld? Nicht wir Polen, sondern die Herren Preußen!

Er, (U), erinnerte den Herrn Minister daran, daß er vor sieben Jahren den Herrn Minister gebeten habe, dieser solle ihm auf den Eid antworten, den der preußische König Friedrich im Namen der hl. Dreieinigkeit für sich, seine rechtmäßigen Nachfolger und für alle Herren Minister, welche jemals am Steueruder des Staatsregiments stehen würden, abgelegt habe, daß die polnische Sprache mit der deutschen gleichberechtigt sein werde. Damals geruhte der Herr Minister zu antworten, doch übergang er diese Frage mit Schweigen.

Weiter schrieb er, (U), daß er, trotzdem er der angeblich unzivilisierten polnischen Nation angehöre, sich ziemlich gut in vier Sprachen und etwas französisch verständigen könne. Wenn es auf der Post irgendwelche unverständliche Adressen geben werde, dann sei er, (U), gern bereit, sie uneigennützig zu übersetzen. Er wohne drei Häuser von der Post entfernt. Merkwürdigerweise habe die Post ihn aufgefunden, obgleich er jene Karte nur mit seinem Vornamen unterzeichnet habe, Frau Marya Piłczyńska dagegen habe die Post nicht gefunden, trotzdem ihre Schwester ein großes Firmenschild „Veronika Piłczyńska“ habe.“

Darauf erhielt U. nicht vom Herrn Minister, sondern von der Oberpostdirektion nachstehenden Bescheid:

(Folgt Wortlaut des Bescheides II 170 vom 30. August 1911).

Herr T. U. wird sich mit diesem Bescheide nicht zufrieden geben und eine neue Beschwerde an den Herrn Minister einreichen.

Gebeten wird, daß alle polnischen und slawischen Blätter derartige Vorkommnisse veröffentlichen. Möge die zivilisierte Welt erfahren, wie man mit den Polen umgeht!

Aus Nr. 209 des Lech (Gnesen)
vom 13. September 1911:

Lopienno, den 11. September 1911.

Traurige Verhältnisse herrschen bei uns in religiöser Hinsicht, traurige hinsichtlich der Lösung „der Landsmann zum Landsmann“, aber noch trauriger sind die Verhältnisse in nationaler Hinsicht. So veranstaltete am Jahrestage der Schlacht bei Sedan der hiesige Kriegerverein eine Festfeier. Das kann man ihm nicht übel nehmen, denn als Deutsche und als Sieger können sie sich freuen. Auch ich würde nichts dagegen haben, wenn sich nicht leider auch Polen an diesem Fest beteiligt hätten. Aber wie die Motten zum Licht, so eilten sie zu diesem Fest. Die Ansiedler schimpften, daß man allzu oft Feste veranstalte; es erschienen deshalb auch wenige zum Fest, sie wurden aber von Polen ersetzt. Die Unwürdigen! Wenn es sich um eine nationale Sache handelt, dann haben sie stets leere Hände und herbe Worte auf den Lippen, aber wenn es sich darum handelt, sich bei den Ansiedlern anzuschmeicheln, die noch dazu von irgendwo her transportiert worden sind, dann tut ihnen weder Zeit noch Geld leid. Den lautesten Anteil an diesem Fest hat ein hiesiger Bürger, der Gemeinderat und Vorstandsmitglied des hiesigen St. Cäcilien-Gesangvereins, Herr Anton Lewandowski, genommen. Sein Verhalten war so laut, daß die Ansiedler ihn dies am eigenen Fell empfinden lassen wollten, aber zum Glück verhinderte dies der Vorsitzende des Vereins. Trotz dieses Skandals amüsierte er sich beim Tanzvergnügen und beim Singen der Lieder „Ich bin ajn projse“ usw. Und als er früh nach Hause ging, sang er durch ganz Lopienno deutsche Lieder. Zwei Deutsche, die mit ihm zusammen gingen, hielten ihm den Mund zu, damit er die Leute nicht wecken sollte, aber er antwortete: „Was willst du, ich war preußischer Soldat und kann deshalb auch singen.“

Der hiesige Gesangverein zählt über 30 Mitglieder; ich glaubte also, daß eins der Mitglieder in dieser Angelegenheit das Wort ergreifen würde, was die Pflicht eines jeden Vereinsmitgliedes gewesen wäre. Mir ist bekannt, daß sich in ihm eine Menge Klugsprecher befinden, aber dazu findet sich niemand, ein solches Vorstandsmitglied zu brandmarken. Ich wäre schon längst in den Gesangverein eingetreten, aber da ich bei manchen Mitgliedern diesen preußischen Patriotismus gesehen habe, werde ich erst dann eintreten, wenn dort ein anderer Geist herrschen wird, weil ein solches Verhalten nicht nur dem Verein, sondern der ganzen Gemeinde Schande bringt.

Ein wahrer Pole.

Aus Nr. 207 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 13. September 1911:

Über die Mängel der Thorner Fibel

Schrieben wir vor einigen Tagen nach dem Lech, der sie als ganz minderwertig bezeichnete. Indes sind die Vorwürfe allzu übertrieben und betreffen höchstens teilweise die alte Ausgabe der kleinen Fibel. Herr Buszczyński gibt nämlich zwei Fibern heraus — eine kleinere für 10 Pf. — eine zweite größere für 30 Pf. Herr Buszczyński schreibt uns:

„Es ist nicht wahr, daß die von mir herausgegebene Fibel ein elendes Machwerk ist; sie ist von mehreren polnischen geprüften Berufspädagogen bearbeitet. Diese Fibel ist bisher in mehreren Ausgaben in 186 000 Exemplaren verbreitet worden. Gegenwärtig befindet sich eine neue Ausgabe in Druck, was man wohl nicht als Beweis für ein elendes Machwerk ansehen kann. Seit der ersten Ausgabe der Fibel sind 18 Jahre verflossen. In dieser Zeit hat sie noch niemand als Machwerk bezeichnet. Im Gegenteil erhielt ich von Personen, die als Autoritäten in pädagogischer Hinsicht gelten, wiederholt Briefe, die sich über meine Fibel auf das loblichste ausdrückten.“

Es ist nicht wahr, daß in der Fibel kein einziges Gedicht vorhanden ist und besonders das Lied „Kiedy ranne wstają zorze“ (Wann die Morgenröte aufgeht). Es sind insgesamt 14 Gedichte vorhanden. Das Lied „Kiedy ranne wstają zorze“ befindet sich auf Seite 47, das Lied „Wszystkie nasze dzienne sprawy“ auf Seite 58. Das Mickiewicz'sche Gedicht „Des Vaters Heimkehr“ fehlt zwar in der gegenwärtigen Ausgabe, statt dessen befindet es sich in der neuen größeren Ausgabe. Die letzte Seite der Fibel enthält das Bildnis und eine kurze Lebensbeschreibung des Mickiewicz.

Es ist nicht wahr, daß sich in der Fibel ein dreifarbiges Fähnlein befindet, welches an die deutsche Fahne erinnert. Alle Zeichnungen sind schwarz. An den Fähnlein sind zwar drei Farben mit entsprechenden Schattierungen gekennzeichnet, aber dies können ebenso blau-rot-weiße oder gelb-grün-weiße Farben sein.

Es ist nicht wahr, daß die Fibel das polnische Kind nicht belehrt, daß z. B. Warschau eine Stadt ist, es dagegen daran erinnert, daß Hamburg eine Stadt ist. Auf Seite 62 der Fibel befindet sich in einem kurzen Abriß der polnischen Erdkunde und Geschichte der Satz: „Krakau, Lemberg und Warschau sind echt polnisch“. Wenn an einer anderen Stelle auch Hamburg angeführt ist, so ist dies wegen des Anfangsbuchstaben „H“ geschehen.

Ich bemerke, daß außer der größeren Ausgabe meiner Fibel eine kleinere und billigere besteht, welche freilich Gedichte nicht enthält. Aber kein vernünftiger Mensch kann verlangen, daß eine Fibel zum Verkaufspreise von 10 Pf. Poesie und Prosa enthalte. — Alle anderen Vorwürfe, auch hinsichtlich der kleinen Ausgabe, sind unwahr.

Ich habe nie behauptet und behaupte nicht, daß die von mir herausgegebene Fibel ein Ideal sei. Ich nehme sogar an, daß der Verein für Volksbücherei zur Herausgabe einer besseren Fibel beitragen kann, was ich im Interesse der Jugend aufrichtig wünsche.“

Aus Nr. 206 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 12. September 1911:

Wer stützt die Säulen der Regierung?

Die polnischen Dörfer, die polnischen Städte, der Großgrundbesitz, die kleinen Besitzer, die Bürgerchaft und die polnischen Arbeiter, sie alle zusammen bilden eine einzige polnische Nation. Die polnische Nation ist keineswegs so klein, sie zählt nämlich über 20 000 000 Seelen, im preußischen Teilgebiet ungefähr vier Millionen.

Warum ist nun unsere Nation gefallen und kann nicht durch eigene Kraft bestehen, sondern leistet fortwährend Fremden Dienste? Die Antwort darauf werden wir finden, wenn wir uns in die Zeiten zurückversetzen, wo in Polen die Aristokratie herrschte. In Polen herrschte nur der Adelsstand, die Bürgerchaft

und das Volk war vom Großgrundbesitz abhängig. Alle Rechte, die einst die Bürgerchaft besaß, wurden ihr genommen, sodaß letzten Endes die Katastrophe, das ist der Fall der ganzen Nation, eintrat.

Aus diesem schrecklichen Unglück sollte unsere Nation die Lehre ziehen, daß nur alle Stände zusammen einmütig und solidarisch die Wiedergeburt der Nation erstreben können. Scheinbar geschieht dies schon. Wenn man aber unser soziales Leben näher betrachtet, könnte man vor Verzweiflung die Hände ringen. Denn wo ist unser einmütiges Streben nach dem einen Ziele?

Unser Großherzogtum Posen ist überwiegend polnisch. In den Dörfern gibt es sehr wenig Deutsche und Juden — und die Städte? Auch sie sind zum größten Teil polnisch. Aber warum haben sie einen rein deutschen Charakter? Weil in ihnen die Juden und Deutschen schalten und walten.

Die Deutschen und Juden herrschen in unseren Städten, und das sind die Säulen, auf die sich die Regierung stützt. Unterhält aber die Regierung diese ihre Säulen? Keineswegs!

Die Regierungssäulen mästen sich an polnischem Gelbe. Die polnische Bevölkerung ernährt sie. Ohne die Unterstützung des polnischen Volkes und zwar gerade des auf dem Lande ansässigen Volkes könnten diese nicht bestehen.

Möge uns einer die Frage beantworten, wovon z. B. die hundert Juden in Kosten leben? In der Umgegend gibt es doch keine Juden? Und dennoch wählen die Kostener Juden fast alle in der 1. Abteilung. Sie müssen also ungeheure Einkünfte haben. Diese Einkünfte schöpfen sie fast ausschließlich von den Polen, und zwar sowohl von den Großgrundbesitzern als auch von dem ärmsten Arbeiter. So ist es in Kosten, so ist es in allen unseren Städten.

Wir können und wollen nicht verstehen, daß wir, wenn wir als Nation bestehen wollen, alle in allen unseren Erwerbstätigkeiten einmütig Hand in Hand gehen müssen.

Was bedeuten nämlich die schönsten Versammlungsreden und die Reden unserer Abgeordneten, was hilft es uns schließlich, daß wir polnische Abgeordnete wählen, wenn wir im täglichen Leben das Rasiermesser an unsere Kehle anlegen — uns ruinieren, aber die Fremden stärken, die uns fürwahr nicht helfen werden.

Also das polnische Dorf und die polnische Stadt bilden erst die Ganzheit der Nation. Wer behaupten wollte, daß das Dorf der Stadt oder die Stadt des Dorfes entraten kann, mit dem dürfte es in seinem Kopfe schlecht bestellt sein. Seien wir dessen eingedenk, daß sich die Regierung nicht so sehr auf das Land, als auf die Städte stützt. Wenn es der Regierung in den Städten an Unterstützung fehlt, muß sie die Polen anders behandeln.

Liebe Landsleute, klagten wir nicht so über das preußische System, daß uns Unrecht geschieht, denn schließlich mästen wir selbst diese Säulen der Regierung.

Die Zukunft liegt in unserer Hand. Es ist nur mehr Bildung, mehr Aufklärung nötig, und alles wird sich zum Besseren wenden, denn

Im Volke ist eine unerschöpfliche Kraft,
Die Erlösung ruht unter dem Bauernfittel,
Wie der in der Asche verborgene Funke:
Mit der letzten Kraft der Lunge
Blasen wir in diesen göttlichen Funken,
Bis eine Feuerröte weit und breit erstrahlt.

Aus Nr. 37 des Przemyslawiec (Posen)
vom 10. September 1911:

In Sachen der Wahl eines Handwerkers zum Abgeordneten.

Aus der Provinz wird uns aus Handwerkerkreisen folgendes geschrieben:

Mit dem in der Nr. 35 des Przemyslawiec veröffentlichten Artikel „Die Handwerker und die Reichstagswahlen“ können wohl alle Handwerker einverstanden sein, sie wären der Redaktion des Przemyslawiec sehr dankbar, wenn sie zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen wollte.

Es muß hier von vornherein darauf hingewiesen werden, daß es den Handwerkern nicht etwa lediglich um die Ehre zu tun ist, ihren Vertreter im Parlamente zu haben.

Möge es mir daher gestattet sein, zu diesem Thema einige Worte zu sagen.

Um die Notwendigkeit darzutun, ob die polnische Gesamtheit eine Ständesvertretung im Reichstage haben sollte, müßte man zunächst darüber polemisieren, sowohl in der Presse wie auch in den dabei interessierten Kreisen. Daß aber eine solche Repräsentation der Gesamtheit keinen Schaden bringen würde, ist selbstverständlich.

Als Lösung unserer Gesamtheit, unserer Wahlorganisation galt bis jetzt die Ansicht, die polnischen Fraktionen müßten nur die würdigsten und gebildetsten Leute besitzen, weil es sich bei der geringen Zahl der Abgeordneten in erster Linie um die Verteidigung unseres Glaubens und unserer Nationalität handele. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das richtige Argumente sind, und wir sind alle dem nicht entgegen, doch ein Abgeordneter aus den Handwerker- oder Kaufmannskreisen wird sich in dieser Beziehung von der Solidarität der ganzen Fraktion keineswegs ausschließen. Auch ist die allgemeine Ansicht vertreten, daß, weil unsere Gesamtheit in der Mehrheit durch die Landwirtschaft repräsentiert wird, auch nur Landwirte zu Abgeordneten gewählt werden müßten.

Diese Ansichten werden sich mit der Zeit ändern müssen, und je eher das eintreten wird, desto besser wird es für unsere Gesamtheit sein. Aus der Geschichte ersehen wir, daß die Regierung trotz der agrarischen Vertreterschaft das tut, was ihr beliebt, denn weder die Beschwörungen unserer Abgeordneten noch ihre Intelligenz werden sie von dem Wege ihrer Politik abbringen — das hat uns die Geschichte hinreichend gelehrt, sie lehrt es uns immer noch. Die Regierung beschließt und bestätigt Ausnahmegeetze gegen die Polen trotz der Solidarität der polnischen Fraktion.

Unsere Ideale sollten sich umgestalten für das praktische Leben, das den verschiedenen Ständen nicht nur nationale, sondern auch berufliche Pflichten auferlegt. Hier wäre für die einzelnen Stände repräsentierenden Individuen das Feld der Regierung Opposition entgegenzustellen, die sich auf Praxis und Lebenserfahrungen stützt.

Vielleicht werden aber Stimmen laut, daß man die Abgeordneten nur informieren dürfe, um sie zu dem entsprechenden Auftreten zu veranlassen. Wir glauben aber an ein solches Sichbefassen mit einer Sache, die man nicht kennt, nicht, denn ein Beweis dafür ist noch niemals erbracht worden.

Und nun kommen wir an die Rehrseite der Medaille. Die Sache unseres Schlesierlandes hätte vielleicht in den Händen der in ihrer Art einzig dastehenden Abgeordneten geruht, ich nenne hier einen Frank, Strzoda, die durch die polnischen Stimmen gewählt wurden, die aber für die Befreiung des polnischen Geistes sehr wenig oder gar nichts getan

haben. Erst der Strom der Zeit, die neuen Leute haben das gemacht, was heute ist und was sich gedeihlich weiter entwickelt.

Und ferner: die Frage der Organisierung der Arbeiter hat heute erst dann den Höhepunkt erreicht, als man aufhörte, sie mit Handschuhen anzufassen. Noch viele andere Beispiele könnte man hier aus dem Leben und der Geschichte anführen.

So müßte denn die Handwerkerfrage, welche heutzutage eine Brotfrage Tausender von Individuen ist, ihren Repräsentanten haben, der in jedem Augenblick nicht nur bereit wäre, sich mit der polnischen Fraktion in Verbindung zu setzen und sie an Ort und Stelle entsprechend zu informieren, sondern der auch fortwährend in Versammlungen der Handwerker auftreten und diese und sich selbst in jeder Hinsicht und bei jeder Gelegenheit zu informieren hätte. Nicht der Phantasie und des Ehrgeizes wegen fordern wir einen Abgeordneten aus Handwerkerkreisen, sondern aus Gründen der Notwendigkeit. Eine solche Wahl ist sehr erfreulich. Hat doch Kaiser Wilhelm den Klempner L. zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt, weil er dadurch den ganzen Handwerkerstand ehren wollte; die polnische Volksgesamtheit hat doch aber wohl weit mehr Interesse an der Hebung des Handwerkers zu ihrem eigenen Vorteile.

J. R.

Aus Nr. 17 des Kupiec (Posen)
vom 1. September 1911:

Die Liga der industriellen Hilfe.

Unter diesem Namen besteht in Galizien eine mächtige Organisation, die sich mit der Förderung des heimischen Handels und der heimischen Industrie und mit der Unterstützung der polnischen industriellen Erzeugnisse befaßt.

Mit großem Interesse verfolgen wir die Tätigkeit der Liga der industriellen Hilfe, und mit Anerkennung heben wir ihre weittragende Bedeutung für die Industrialisierung des Heimatlandes hervor. Es wird vielleicht genügen, wenn wir durch Zahlen einen kurzen Umriss über die Tätigkeit der Liga für industrielle Hilfe geben.

Im Jahre 1909 veranstaltete die Liga 130 Wanderausstellungen, die von 600 000 Personen besucht waren, ferner 156 industrielle Versammlungen für 130 000 Personen, 420 Vorlesungen über die Industrie mit Lichtbildern, vier Bezirksausstellungen für Industrie und zwei Fach-Ausstellungen in Lemberg.

Die Liga zählt über 14 000 Mitglieder, die in 314 Gruppen eingeteilt sind. Auf Veranlassung der Liga finden Fachkurse für Männer und Frauen, sowie ständige Ausstellungen in Schulgebäuden statt. Die Liga erhält auf eigene Kosten ein Seminar für Hausindustrie, Handfertigkeitsschulen für Studenten, eine Werkstätte für künstliche Blumen, ein Adressenbureau, ein Exportmuseum, ständige Ausstellungen für Spitzenklöppelei, ein Konvikts für die Handwerkerjugend und andere Institute, die zur Hebung der polnischen Industrie geschaffen sind.

Die Liga für industrielle Hilfe veranstaltet am 8., 9. und 10. September eine allgemeine Zusammenkunft mit der die Einweihung ihres neuen Gebäudes, das seiner Bestimmung übergeben werden soll, verbunden sein wird.

An der Zusammenkunft werden sich beteiligen Ökonomen, Handwerker und Kaufleute der drei polnischen Landesteile und über die Angelegenheiten der polnischen Industrie und des polnischen Handels beraten.

Die kaufmännischen und industriellen Organisationen unseres Landesteiles, welche durch ihren Eifer in der Unterstützung jeglicher Bewegung und jeglichen Lebens auf wirtschaftlichem Gebiete bekannt sind, werden sicherlich ihre Vertreter zu der Zusammenkunft der Liga entsenden, schon deswegen, um unsere Zusammengehörigkeit mit den hinter dem Kordon lebenden Landsleuten zu bekunden, ebenso deshalb, damit die Delegierten Erfahrungen sammeln, die sie in unserem Landesteile verwenden könnten.

Programme, Einladungen und Legitimationen stehen uns zur Verfügung, auf Wunsch dienen wir gerne damit.

Der Verlag des Kujawski kann trotz der großen Sympathie, die er für die Liga hegt, diesmal seinen Vertreter nach Lemberg nicht entsenden, weil er wegen der Herausgabe seiner Festnummer, die aus Anlaß des Genossenschaftstages der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erscheint, zu sehr in Anspruch genommen ist.

Weil wir an der Lemberger Feierlichkeit persönlich nicht teilnehmen können, wünschen wir der Zusammenkunft von dieser Stelle aus, daß ihre Beratungen und Beschlüsse dem Handel und der Industrie des Vaterlandes zum Nutzen gereichen, daß sie beitragen mögen zur Hebung dieser beiden, in früheren Jahren so vernachlässigten Zweige unseres nationalen Reichtums, daß sie reiche Früchte tragen zur Ehre des polnischen Namens.

In diesem Sinne rufen wir unseren in Lemberg versammelten Brüdern zu:

„Gott segne eure Arbeit!“

Der Vorstand der kaufmännischen Vereine, welcher zu der Lemberger Zusammenkunft eingeladen ist, bittet alle dem Verbands angeschlossenen Brudervereine, wenigstens je einen Delegierten nach Lemberg zu entsenden und gegebenenfalls dem Verbands davon Kenntnis zu geben, damit die Reise nach Lemberg gemeinsam ausgeführt werden könnte. Wegen der Legitimationen wolle man sich an den Verbandsvorstand wenden.

Aus Nr. 38 des Robotnik (Posen)
vom 3. September 1911:

In Einigkeit stark.

In dem Geiste der Einigkeit liegt des Volkes Kraft,
Wo zwei sich streiten, findet der Dritte den Vorteil;
Deshalb möge die Einigkeit uns lieb sein,
Seien verträglich wir wie Kinder einer Mutter.

* * *

Den größten Stürmen werden trohen die Zweige,
Die nebeneinander stehen an geschützter Mauer.
Aber es stürzt die Eiche, die allein übrig geblieben
Unter dem Blau des bewölkten Himmels.

* * *

Und wenn kämpfen wir sollen unter uns,
Dann treten wir auf wie brüderliche Streiter,
Reizen wir uns nicht durch satirische Rede,
Sondern sprechen wir unsere Rechte laut und offen aus.

* * *

Je mehr Schläge auf uns herniederfallen,
Desto mehr Einigkeit ist erforderlich.
Nicht kriegerischer vorlauter Basallen,
Sondern ausdauernder Arbeiter, Ernährer bedarf es.

* * *

In Einigkeit stark sein wir Polens Kinder,
Möge aller Haß, alles Böse aufhören;
Schon erglänzt der Frühlingsstrahl fürs Volk —
Und über das Vaterland wird kommen die heilige
Auferstehung!

M. E. Piechowska.

Aus Nr. 18 der Gazeta dla Kobiety (Posen)
vom 10. September 1911:

Verein „Praca“ in Schroda.

Im Saale des katholischen Vereinshauses versammelte sich der vor kurzem gegründete Verein erwerbstätiger Mädchen. Nach erfolgter Erläuterung der Satzungen schritt man zur Bestätigung des Vorstandes, dem die nachstehenden Personen angehören:

Kathar. Milowska, Vorsitzende;
Magdal. MacKowiak, Schriftführerin;
Marie Grabias, Kassiererin;
Stanisl. Tomaszewska, Bibliothekarin;
Anna Swidlowska, stellv. Schriftführerin;
Marie Samela, stellv. Kassiererin;
Pelagia Loga, stellv. Bibliothekarin;

Auf die Bitte des internationalen Verbandes kathol. Vereine verpflichteten sich sämtliche Mitglieder, gemeinsam zur heiligen Kommunion zu gehen.

Der Verein beschloß, zum Jubiläum der Marie Rodziemick 5. M. an den Verband der katholischen Vereine in Posen zu senden. Anwesend waren 83 Mitglieder.

Aus Nr. 17 der Sika (Posen)
vom 10. September 1911:

Die zweite Organisationsversammlung der polnischen Berufsvereinigung fand in Amsee bei Hohenalza statt. Zu der Versammlung erschienen ungefähr 100 Personen, vorwiegend Arbeiter der dortigen Zuckerfabrik und eine Anzahl Frauen. Um 4 Uhr eröffnete der Redakteur des Dziennik Kujawski, Herr Koskiewicz, die Versammlung.

Zum Versammlungsleiter wurde Herr Grodzicki, zum Schriftführer Herr Piwanski aus Amsee und zu Beisitzern wurden die Herren Skoczynski und Gabich aus Amsee sowie Szczepanski aus Hohenalza gewählt.

Zunächst sprach Redakteur Herr Koskiewicz über die Lage des Arbeiters und über sein Verhältnis zum Arbeitgeber, sowie über die Pflichten des Arbeiters gegen seine Familie und gegen sich selbst. Redner wies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, daß der Arbeiter so lange er gesund und arbeitsfähig ist, an seine Zukunft denken und sich für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit versichern möchte. Heute schon muß der Arbeiter sich bemühen, soviel zu verdienen, daß er etwas sparen kann, damit er bescheiden leben könnte und mit der Zeit der Gemeinde oder der Gesamtheit nicht zur Last fallen brauchte.

Das kann nur der organisierte Arbeiter erreichen, welcher an der Verbesserung seiner Existenz und seines Erwerbes arbeiten kann. Redner schloß dann seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Versammelten sich in der polnischen Berufsvereinigung, welche die beste Organisation für jeden Polen sei, zu organisieren. Daß die Ausführungen des Redners die Herzen der Versammelten trafen, bewiesen die auf ihn ausgebrachten „Hochrufe“.

Alsdann erteilte der Vorsitzende dem Delegierten der polnischen Berufsvereinigung Herrn Kujawa aus

Posen das Wort, welcher den Wählern die Satzungen der Vereinigung und ihre Vorteile darlegte. Redner schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und forderte ebenfalls die Versammelten auf, sich in der polnischen Berufsvereinigung zu organisieren.

Nach den Ausführungen des Herrn Kujawa schritt man zum Aufzeichnen der Mitglieder.

Der Verlauf der Versammlung, welche von dem Orts-Gendarmeriewachtmeister überwacht wurde, war ruhig.

In den Vorstand wurden folgende Personen gewählt:

Vincent Grodzicki als Vorsitzender,
Martin Skoczynski als Schriftführer und
Franz Blachowiak als Kassierer.
Der neuen Filiale viel Glück!

Aus Nr. 17 der Siła (Posen)
vom 10. September 1911:

Erin.

Am Sonntag, dem 20. August 1911 gründete man hier eine Filiale der polnischen Berufsvereinigung. Es traten sofort 10 Kameraden als Mitglieder bei. Wenn auch hier der sozialdemokratische Verband anständig ist, so sind doch Ausichten vorhanden, daß sich hier die Filiale entwickeln wird. In der Versammlung waren die Kameraden Rochowiak und Schneider aus Bromberg anwesend.

Was für eine Erbitterung unter manchen sozialdemokratischen Mitgliedern herrscht, geht daraus hervor, daß einer von ihnen in der Diskussion äußerte, daß, wenn hier der polnische Verband gegründet werde, sie in die Ziegelei gehen und billiger arbeiten würden, um unsere Kameraden aus der Arbeit herauszubekommen! (Wenn es den Sozialdemokraten angenehm ist, billig zu arbeiten, dann bitten wir es zu versuchen. Red.) Schließlich können wir mit dem Anfang zufrieden sein, denn der neu gewählte Vorstand gibt die Bürgschaft, daß er es verstehen wird, zum Wohle der Vereinigung zu arbeiten.

Wir wünschen guten Erfolg.

Glück auf!

Aus Nr. 17 der Siła (Posen)
vom 10. September 1911:

Schubin.

Am 13. August gründete man hier in der Versammlung, welche zu diesem Zwecke vom Kameraden Lufomski einberufen war, eine Filiale der polnischen Berufsvereinigung. Zu dieser Versammlung waren auch die Delegierten, Kameraden Rochowiak und Schneider aus Bromberg erschienen.

Die Versammlung eröffnete Kamerad Lufomski um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokale des Herrn Piasiecki am Neuen Markt. Zum Versammlungsleiter wurde Kamerad Pawelczak gewählt, welcher den Kameraden Lufomski zum Schriftführer berief. Nach Annahme der Tagesordnung nahm Kamerad Rochowiak das Wort über die Berufsverbände und ihre Aufgabe und machte auf unsere polnische Organisation, welche nach der Vereinigung in einen starken Verband unter dem Namen polnische Berufsvereinigung ihren Mitgliedern viel größere Vorteile bietet als fremde Verbände, aufmerksam. Bei dieser Gelegenheit führte Redner einzelne Unterstützungen an, welche die polnische Be-

rufsvereinigung ihren Mitgliedern zahlt, und forderte auf, das Lösungswort: „Einer für alle, alle für Einen“ zu beachten. Redner behauptete ferner, daß wir, wenn wir unserer polnischen Organisation beitreten würden, uns eine bessere Existenz erkämpfen, bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse erlangen und als eine feste Mauer gegen die ehrlose kapitalistische Ausbeutung erscheinen würden.

In der Diskussion nahm Kamerad Schneider das Wort und regte an, daß wir als Schmiede noch ein Glied an die gemeinschaftliche Kette anschmieden sollten. Wenn diese Kette gut geschmiedet und stark sein werde, dann würden die Versuche unserer Gegner nicht im Stande sein, sie zu zerreißen.

Alsdann bestätigte der Vorsitzende, daß die Ausführungen beider Redner von allen Zuhörern wohl verstanden worden seien und notierte dann die sich meldenden Personen als Mitglieder. Alle 16 anwesenden Personen traten als Mitglieder bei!

In den Vorstand wurden gewählt:

Kamerad Ignaz Pawelczak als Vorsitzender;
Kamerad Wladislaus Krüger als Schriftführer und
Kamerad Ignaz Lufomski als Kassierer.

In den Ausschuß wurden die Kameraden Stephan Lufomski, Felix Maslowski und Bronislaus Mackowiak gewählt.

Auf Verlangen der Mitglieder erteilten die Delegierten dem Vorstande und den Mitgliedern Weisungen über ihre Pflichten.

Sodann wurde beschlossen, die Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten.

Nach erschöpfter Tagesordnung schloß der Vorsitzende mit den Worten „Glück auf“ die Versammlung.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 98 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. August 1911:

Ein polnischer Priester in einer preussischen Festung.

Bekanntlich ist seinerzeit Propst Gryglewicz aus Slesin wegen einer Predigt über die Auferstehung des Herrn zu 3 Monaten Festung verurteilt worden, weil angeblich in dieser Predigt eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten war. Die Strafe hat ihm das Bromberger Gericht zubüßiert.

Propst Gryglewicz begann seine Strafe in der Festung Glatz, an der Grenze Preußens und Böhmens, abzusitzen. Gewöhnlich ist der Aufenthalt in der Festung nicht so unangenehm wie hinter den Gefängnismauern, weil in der Festung Herren wegen „ehrenvoller“ Vergehen wie Duellen und Majestätsbeleidigungen, ihre Strafe absitzen. Die Festungsgefangenen haben bedeutende Freiheiten und Bequemlichkeiten, sie können Spaziergänge machen, sich für ihr eigenes Geld beköstigen, Besuche von Verwandten und Freunden annehmen und jederzeit Briefe schreiben und empfangen.

So pflegt es gewöhnlich zu sein, wenn es sich um solch' einen Herrn handelt, der einen andern Herrn im Duell getötet oder verwundet, oder durch ein Wort den Monarchen beleidigt hat.

Dem gegenüber müßte man annehmen, daß einem Priester, der wegen einer angeblich auf der Kanzel verübten Übertretung seine Strafe absitzt, in der Festung noch größere Freiheiten und Bequemlichkeiten gewährt werden müßten. Aber der Kommandant der Festung Glatz hielt augenscheinlich den Priester, der wegen des

haltens einer Predigt, die nicht im Sinne der Regierung war, verurteilt wurde, für einen schlimmeren Verbrecher als die Menschen, die mit Vorbedacht und Überlegung ihren Nächsten im Duell ermorden, denn nicht nur, daß er ihm manche Bequemlichkeiten und Rücksichten nicht zuerkannte, ging er mit ihm schlimmer um, als mit den andern.

Propst Gryglewicz verschrieb sich einige polnische Zeitungen und ließ sie sich unter Kreuzband zusenden. Dem Herrn Kommandanten der Festung, dem Oberst Gregory, erschien dies unerhört, daß die großpolnische Agitation die Augen der bedienenden Soldaten beleidigen sollte, er befahl deshalb unserem Priester, daß man ihm die Zeitungen in geschlossenen Umschlägen und Paketen zusenden, und daß er sie nach dem Durchlesen unter Verschuß nehmen sollte. Und seinen Befehl begründete der Herr Kommandant mit der Besorgnis um die Soldaten, die aus Oberschlesien stammen, damit diese armen Kerle nicht von der großpolnischen Agitation angesteckt werden sollten. In christlicher Demut fügte sich Propst Gryglewicz dem Befehl, als der Herr Platzmajor Laacke, der augenscheinlich der großpolnischen Agitation nachspürte, im Abort einige Fexen einer polnischen Zeitung fand. Und sein um den Bestand des preußischen Staates und um die Seele der polnischen Soldaten besorgtes Herz krampfte sich vor Entrüstung zusammen. Er wandte sich also an den Geistlichen mit der strengen Aufforderung, jene Fexen von jenem Ort zu entfernen. Unser Gefangener erklärte, daß jene Zeitung doch bereits zerrissen gewesen sei, aber der Herr Platzmajor bestand auf seinem Willen, indem er erklärte, daß sie auch in Stücken sehr gefährlich sei. Und der polnische Priester mußte aus jenem Orte jene Stückchen herausholen, da er sich nicht einer Strafe wegen Ungehorsams aussetzen wollte, die man ihm wahrscheinlich mit großem Vergnügen zudiktieren würde.

Hiermit war jedoch der Kampf jener Herren mit der großpolnischen Agitation nicht beendet. Als nämlich Propst Gryglewicz einmal eine Postkarte mit einem kleinen polnischen Adler erhielt, befahl ihm der Herr Kommandant Gregory, sich polnisch geschriebene offene Postkarten, besonders nationale, nicht zusenden zu lassen, und er fügte schließlich noch hinzu, daß, wer Postkarten schreiben wolle, sie deutsch schreiben solle. Da Propst Gryglewicz die Festung Glatz vor einem neuen Anschlag durch irgendeine nationale Postkarte bewahren wollte, wollte er durch Vermittelung der Zeitung alle bitten, ihm keine nationalen Postkarten zu senden, aber der Herr Kommandant erklärte sich merkwürdigerweise hiermit nicht einverstanden. Seinerseits schrieb unser Priester nach allen Seiten, ihm solche gefährlichen Postkarten nicht zu senden, was auch von Erfolg begleitet war.

Aber der kriegerische Herr Kommandant Gregory strebte augenscheinlich danach, auch weiterhin gegen die großpolnische Agitation zu kämpfen, denn als Propst Gryglewicz zwei Karten erhielt, eine mit 2 Pferdeköpfen und die zweite mit einem Hündchen, war er von neuem gegen unseren Gefangenen aufgebracht. Jene Pferdeköpfe waren der eine von einem Schimmel, der andere von einem Braunen, das Hündchen hatte am Hals ein rotes Halsband! Worin hier die großpolnische Agitation enthalten sein sollte, das ist schwer zu erraten. Es genügt, daß der Herr Kommandant so aufgebracht war, daß er dem Propst Gryglewicz drohte, daß er ihm jede Korrespondenz verbieten würde, wenn er weiterhin solche Postkarten erhalten würde.

Das war dem Propst Gryglewicz schon zu viel, und er bemühte sich, daß er den Rest der Strafe in der Festung Weichselmünde abtun könne, wo er sich auch bis zum letzten Sonntag aufgehalten hat, frei von ähnlichen Schikanen und Belästigungen.

Und jetzt legen wir uns über den ganzen Vorfall Rechenschaft ab! Was beweist er? Zunächst beweist er, wie weit der Hafatismus die preußische Volksgesamtheit durchtränkt hat, wenn sogar so hochgestellte und gebildete Leute vor solch kleinlichen Schikanen gegenüber einem polnischen Priester nicht zurückschrecken. Denn verstehen und erklären könnte man es, wenn irgend ein aus dem lutherischen Pommern oder aus Brandenburg stammender Unteroffizier so gehandelt hätte, aber es waren doch höhere Offiziere, der Herr Platzmajor und der Kommandant!

Ihr Verhalten begründeten diese Herren mit der Sorge um das Herz der polnischen Soldaten, damit diese nicht aus der polnischen Zeitung, die in Fexen auf dem Abort umherlag, oder aus einer polnischen Postkarte die großpolnische Agitation kennen lernen sollten. Aber haben sie sich damit beschäftigt, welche Gefühle in den Seelen dieser polnischen Soldaten ein derartiges Umgehen mit ihrem Priester hervorrufen mußte? Sind sie der Ansicht gewesen, daß der Anblick dieser Schikanen gegenüber dem Priester die Herzen dieser Soldaten an Preußen und besonders an die preußische Kultur fesseln konnte? Mußten diese Soldaten in diesen Schikanen gegenüber ihrem Priester nicht Verachtung für ihren Glauben erblicken?

Aber schließlich ist es nicht unsere Sache, uns darum zu kümmern, wie die preußischen Militärbehörden sich bemühen, die Herzen der polnischen Soldaten für sich zu gewinnen. Diese Sorge überlassen wir dem deutschen Kriegsministerium, daß sich sicherlich bald mit dieser Angelegenheit wird befassen müssen.

Weiter beweist dieser Vorfall, welche Rechte die Katholiken im preußischen Staate haben, wenn man einen katholischen Priester, der wegen eines angeblichen Vergehens auf der Kanzel seine Strafe abtut, schlimmer behandelt als einen Mörder, denn es bleibt immer ein Mord, wenn man dem Nächsten das Leben nimmt, sei es im Duell, sei es bei einer Aneipenprügelei.

Schließlich beweist dies Verfolgen des gedruckten polnischen Wortes, dieser polnischen Zeitung bis in den Abort, welch ein mächtiger Schild gegen das Verdeutschende und welch eine erfolgreiche Waffe gegen diese uns feindliche Kultur, die uns erdroffeln soll, sie ist. Möge dieses Verfolgen der polnischen Zeitung für uns alle ein Ansporn zur unaufhörlichen, angestregten Arbeit hinsichtlich der Verbreitung polnischer Zeitungen unter jenen sein, die sich von ihnen jetzt fernhalten. In unserer Hand liegt es, zu zeigen, daß diese polnische Zeitung zu jener Macht wird, die uns wieder aufrichten und vor dem Untergang bewahren wird. Wir werden dies erreichen, wenn wir es uns als die wichtigste Aufgabe stellen, diese polnische Zeitung bei jedem Schritt und bei jeder Gelegenheit zu verbreiten.

Aus Nr. 107 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 7. September 1911:

Aus Puzig.

Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige „Arbeiterverein“ sein Vergnügen mit einem Ausflug nach dem Vergnügungsplatz unweit Puzig ab. O wie schmerzlich war es für uns, mitanzusehen, daß nur ausschließlich Kaschuben diesem „Arbeiterverein“ angehören. Und dort wird nur „daitisch“ gesprochen, wenn sie sich dagegen untereinander unterhalten, dann bedienen sie sich natürlich ihrer Muttersprache, d. h. der polnischen Sprache, denn das „daitisch“ ist ihnen nicht so geläufig. Jenem Vergnügen wohnten auch unsere beiden Geistlichen bei, die zu ihren Schäflein auch „dajcz“ gesprochen haben.

Wie schmerzlich ist es, so etwas mitanzusehen. In unseren polnischen Vereinen sind unsere Geistlichen nicht zu sehen, und wie dankbar wären wir ihnen dafür. Hier besteht Gott sei Dank ein Volksverein, dem Mitglieder vorwiegend aus der Umgegend angehören, aus Puzig selbst nur wenig. Und warum? Denn die Puziger Leute hat der Pfarrer im deutschen Arbeiterverein. Wir armen, von unseren Geistlichen verlassenen Polen, vertrauen auf die Hilfe und auf unsere eigenen Kräfte. Darum laßt uns an der von unseren Vorfahren ererbten polnischen Sprache festhalten, denn uns wird nur der Herrgott helfen.

Aus Nr. 107 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 7. September 1911:

Die Gründung jener berühmten Volkspartei

stellt sich immer mehr als eine Komödie dar, deren Zweck die Schaffung eines neuen Sturmbocks zur Bekämpfung der Gazeta Grudziądzka und des Abgeordneten Kulerski war. Herr Dr. Karasiewicz und seine wackeren Freunde, Herr Teska aus Bromberg, Bona und Bloch aus Graudenz, haben sich überzeugt, daß ihre bisherigen Anschläge gegen die Gazeta Grudziądzka und ihren Verleger nichts genutzt haben, und deshalb haben sie nach einem erfolgreicherem Mittel gesucht und — jene Volkspartei ausgedacht.

Herr Dr. Karasiewicz erklärt zwar öffentlich, daß er das Amt des Parteivorsitzenden nicht übernommen habe und in Bromberg nicht gewesen sei, als die Partei gegründet worden wäre, aber Herr Dr. Karasiewicz kann nicht bestreiten, daß er zusammen mit seinen Freunden, diesen hervorragenden Politikern in Westpreußen und der Grenzmark der Provinz Posen, diese Angelegenheit besprochen, sie dazu aufgemuntert, davon gewußt und sich derart damit einverstanden erklärt hat, daß diese seine drei Freunde überzeugt sein mußten, daß er das von ihnen angebotene ehrenvolle Amt nicht ablehnen werde. Die Berichtigung des Herrn Dr. Karasiewicz wird niemanden irre führen, der diesen Herrn kennt. Herr Dr. Karasiewicz ist ein sehr schlauer und findiger Mensch. Darum liebt er es auch, andere vorzuschieben — und dann paßt er erst auf, ob die Sache gelingt. Wenn sie gelingt, dann bekennt sich Herr Dr. Karasiewicz dazu und schiebt sie dreist vorwärts. Wenn die Sache aber hinkt, wie in diesem Falle die Volkspartei, dann verduftet Herr Dr. Karasiewicz und möchte der Welt einreden, daß er so rein wie ein Engel, wie ein neugeborenes Kind sei — mit einem Worte, daß er überhaupt von nichts wisse. Na, aber sein Freund, Herr Teska, sagt etwas anderes. Wenn man das auch nicht glauben kann, was Herr Teska schreibt, denn wer das Ehrenwort gebrochen hat, dem kann man ein gewöhnliches Wort überhaupt nicht mehr glauben. Aber dieses Mal hat Herr Teska, vielleicht aus Versehen, oder weil es sein Interesse erforderte, die Wahrheit gesagt. Denn Herr Karasiewicz war über die Sache vorzüglich informiert, ermunterte dazu und gab ihr seinen Segen. Hier hilft keine Ausrede.

Zwar wird uns auch von anderer Seite mitgeteilt, daß einige andere Personen, welche die „hervorragendsten“ Politiker Teska, Bona und Bloch mit Ämtern beehrt haben, in Bromberg gar nicht gewesen seien.

Also eine Komödie.

Übrigens sind wir überzeugt, daß das polnische Volk auch so nicht auf den Leim der „hervorragendsten“ Politiker und Freunde des Herrn Dr. Karasiewicz gehen würde. Die alte Volkspartei existiert, eine neue

ist also nicht erforderlich. Wir halten uns an diese alte Volkspartei, und mit uns werden sich Zehntausende des polnischen Volkes, die unter unserer Standarte stehen, daran halten. Und dieses polnische Volk wird die Personen von sich zurückstoßen und klein kriegen, die es zu ihren persönlichen Zwecken ausnutzen und damit korrumpieren, betören und auf einen Irrweg geleiten wollen. Also Vorsicht, polnisches Volk!

Aus Nr. 14/16 des Kurjer Narodowy (Graudenz-
Kl.-Tarpen)
vom September 1911:

Hinsichtlich der

nationalen Volkspartei

schreibt der Kurjer Narodowy u. a.:

Was uns anbetrifft, so können wir nur bemerken, daß das gemeinsame Programm wohl die beste Bürgschaft dafür ist, daß die nationale Volkspartei zusammen mit dem polnischen demokratischen Verein arbeiten will. Wenn besondere Provinzialkomitees bestehen und sich mit Hilfe des Zentralwahlkomitees für das deutsche Reich zusammenschließen können, obgleich fast jedes Komitee ein anderes eigenes Wahlreglement hat, so verstehen wir nicht, warum bei gutem Willen die nationale Volkspartei mit dem polnischen demokratischen Verein auf dem Boden eines gemeinsamen Programms nicht Hand in Hand gehen sollte. Aus der Natur der Sache geht hervor, daß sich die Reihen der nationalen Volkspartei überwiegend aus patriotischen völkischen Politikern zusammensetzen werde, aus Politikern, die dem mittleren und unteren Stande entstammen, denn die akademisch gebildete Intelligenz, die sich an den nationalen Angelegenheiten in Westpreußen beteiligt, kann man an den Fingern zählen. Im polnischen demokratischen Verein dagegen werden sich die intelligenteren Elemente, die mehr der Rechten zuneigen, vereinigen. Trotz alledem kann die völkische Sache dadurch nur gewinnen, denn die national-völkische Bewegung wird einerseits die höheren Schichten erhalten und andererseits der Nation diejenigen Elemente retten, die der sozialdemokratischen Idee zugänglich sind.

Wenn die völkischen Organisationen ihren Aufgaben gerecht werden und bis zu einem gewissen Grade politische Schulen bilden werden, dann können wir erleben, daß sich der nationale Geist der ganzen polnischen Volksgesamtheit bemächtigen und sie soweit ausgleichen wird, daß die Verteidigung der polnischen Angelegenheiten auf den Schultern aller Stände, d. i. der ganzen Nation, ruhen wird.

Wer es aufrichtig wünscht, der unterstütze die Bestrebungen der nationalen Volkspartei und des polnischen demokratischen Vereins.

Aus Nr. 73 des Mazur (Ortelsburg)
vom 10. September 1911:

Verdrängung aus dem Wohnhause.

Erlebnisse des Adam Przygoda aus
Fürstenwalde in Masuren.

Fürstenwalde, den 3. September 1911.

Ich, Adam Przygoda, bin in Klono, Kreis Ortelsburg, geboren und 56 Jahre alt; meine Frau ist 60 Jahre alt; wir sind evangelisch. Meine Mutter ist 78 Jahre alt, und ich werde sie bis zum Tode ernähren. Ich habe als Bergmann in der Grube ge-

arbeitet, dabei meine Gesundheit eingebüßt und bin Invalide. Ich habe in Westfalen das Geld zu 19 Morgen Land verdient und habe mich in der Heimat in Fürstentum als Auszügler niedergelassen.

Nun war es notwendig, ein Haus herauszuwirtschäften, doch dazu war ein Baukonsens von der Polizei notwendig, denn die Polizei verlangte von mir eine gerichtliche Erklärung bezgl. des Grundstücks. Ich sollte dem Fiskus unterschreiben. Als ich fragte, was denn „Fiskus“ sei, erwiderte der Amtsvorsteher Herr Talwiger: „Fiskus, das bin ich selbst, auch Sie sind Fiskus.“ Ich sagte: „Wenn Sie und ich Fiskus sind, warum soll ich dann unterschreiben?“ Darauf fing der Amtsvorsteher an, mich damit zu schrecken, daß er dafür sorgen werde, daß ich aus keiner Kasse Geld bekommen solle. Ich sagte: „Dann wird es mir Lewandowski aus der Kasse borgen.“ Und der Amtsvorsteher sagte: „Denken Sie etwa, daß wir uns vor Lewandowski fürchten?“ Ich antwortete: „Ich fürchte mich auch nicht und werde gleich zu ihm hinfahren.“ Der Herr Amtsvorsteher sagte: „raus“ und ich sagte, daß man dem Hunde „raus“ zuruft.

Dann redete mir der Herr Amtsvorsteher zu: „Unterschreiben Sie nur, dann werden Sie aus der Hilfskasse (Geld) bekommen, und diese Unterschrift kostet nichts.“ Ich fragte: „Bekomme ich es auch, wenn ich unterschreibe?“ Der Amtsvorsteher sagte „ja“.

Ich gehorchte dem Herrn Amtsvorsteher und ich ging mit meiner Frau zum Gericht nach Willenberg. Auf dem Gericht forderte ich, daß mir die Satzungen vorgelesen werden sollten. Ich verstand aus dem Verlesenen, daß, wenn ich auf dem Grundstück nicht bestehen oder bleiben könnte, ich es an keinen Pöserer Polen, sondern nur an den Fiskus verkaufen dürfte. Darauf fragte ich: „Ich habe Kinder, kann ich es meinen Kindern verkaufen?“ Das Gericht sagte „ja“. „Aber warum haben Sie es mir nicht vorgelesen?“ „Weil es hier nicht steht.“ Ich fragte weiter: „Und was kostet die Unterschrift?“ Das Gericht sagte: „40 Mark.“ Ich war damit einverstanden und sagte: „Der Herr Amtsvorsteher hat gesagt, daß ich aus der Hilfskasse Geld bekommen werde.“ Davon wollten sie aber nichts wissen. Ich sagte darauf: „Das ist mir ein schönes Darlehn! Was ist der Fiskus, ist er ein Mensch oder ein Tier, denn ich kenne und sehe den Fiskus nicht. Ich habe Kinder, die dem Kaiser dienen und gebieten haben.“

Das Gericht hat darüber gelacht und wir mußten abziehen. Ich ging direkt zum Amtsvorsteher und fragte ihn, warum er die Unwahrheit gesagt habe, denn das Gericht verlange 40 Mk. und will von der Hilfskasse nichts wissen. Der Amtsvorsteher sagte, daß ich nicht hätte schwören, sondern nur unterschreiben sollen. Ich erwiderte darauf: „Ich muß doch wissen, was ich unterschreibe. Und so wie ich gebaut habe, werde ich auch weiter bauen, Herr Amtsvorsteher, machen Sie was Sie wollen.“ „Und ich werde Ihnen nicht den Baukonsens geben“, sagte der Herr Amtsvorsteher.

Dann wurde ich von dem Herrn Landrat vorgeladen. Man fragte mich: „Sie wollen einen Neubau errichten?“ Ich erwiderte, daß ich schon gebaut hätte. „Dann werden Sie bestraft werden.“ „Ich werde die Strafe aber nicht akzeptieren“, sagte ich, „denn ich hätte schon längst auf dem Grundstück unterschrieben, aber sie lügen mir zu sehr. Und warum wollen Sie mich denn dazu zwingen, an einen Polen nicht zu verkaufen? Bin ich doch mit Polen und Russen aufgewachsen, sie sind Polen aus dem Pöseren. Ich habe mit ihnen 19 Jahre hindurch in der Grube gearbeitet und mit ihnen gewohnt. Sie müssen doch wie wir dem aller-

durchlauchtigsten Kaiser gehorchen, und sie dienen ihm wie die anderen.“

Doch sie sagten: „Wir können uns nicht darauf einlassen, der Herr Landrat ist heute nicht zu Hause, kommen Sie ein andermal.“

Eines Tages kamen der Amtsvorsteher und der Gendarm Zendrejko angefahren, verboten mir zu bauen und bestraften mich mit 10 Mk. Ich habe diese Strafe bezahlt, und der Amtsdienner sagte, daß ich jetzt bauen dürfe.

Nach kurzer Zeit kamen der Amtsdienner, der Gendarm und der Gemeindevorsteher Jeski, um mich herauszutreiben.

Ich war gerade auf dem Felde, wo ich mit meiner Enkelin Getreide verlud.

„Guten Morgen, Herr Przygoda.“

„Guten Morgen, Herr Meier.“

„Sie sollen Ihre Möbel aus der Stube auf den Hof stellen.“

„Und zu welchem Zweck?“

„Na, weil Sie dem Fiskus unterschreiben sollen. Sie dürfen hier nicht wohnen.“

Dann sprach noch der Gendarm mit uns vom Gehöft, und ich sagte, daß ich Arbeit hätte, es könne regnen und das Getreide naß werden. Wenn ich aufgeladen haben würde, dann würde ich gefahren kommen, so käme ich nicht.

Sie begaben sich aufs Gehöft und fanden meine Frau krank im Bett liegen. Sie forderten sie auf, aufzustehen. Meine Frau erwiderte: „Ich kann nicht aufstehen, weil ich krank bin.“

Der Gendarm sagte: „Man sieht Ihnen keine Krankheit an!“ Meine Frau zeigte den kranken Fuß, und da sagte der Gemeindevorsteher: „Wegen dieser Krankheit können Sie aufstehen, denn wenn Sie nicht aufstehen, dann werden auf Ihre Kosten Frauen herbeigeholt werden, die Sie ankleiden und auf den Hof werfen werden. (Es ist unglaublich, wir bitten aber um Berichtigung, wenn es unwahr ist. Die Red.)

Ich verlasse das Bett nicht, machen Sie mit mir, was Sie wollen!

Der Gendarm, der Gemeindevorsteher und der Amtsdienner waren auf dem Gehöft, als ich mit dem Getreide vom Felde kam.

Sie befahlen mir, die Frau nach dem Hof zu tragen. Auf die Frage, warum ich das machen solle, erwiderten sie mir, daß ich dem Fiskus unterschreiben solle.

Ich antwortete Ihnen: „Ihr seid alle Beamte, aber Sie Gemeindevorsteher sind das Haupt des Dorfes, darum besorgen Sie mir schnell eine Wohnung und einen Wagen für die Kranke.“

Sie wurden sehr böse, und der Gendarm schickte nach zwei Männern und Frauen, Glodok und Wedig. Glodok kam, doch Wedig nicht. Mich hießen sie zum Gemeindevorsteher gehen, damit er für meine Familie eine Wohnung anweise.

Wenn ich ausziehen soll, so muß ich doch ein Schreiben bekommen. Wenn ich vom Kaiser den Befehl bekomme, so werde ich ausziehen. Darauf entgegnete der Gendarm: „Ich bin der Stellvertreter Seiner Majestät.“ Dann hießen sie mich, die Sache beim Oberpräsidenten und beim Kaiser selbst vorzubringen, sie machten sich auf und gingen davon. Am nächsten Tage ging ich zum Gemeindevorsteher und verlangte für meine Familie eine Wohnung, für mich aber einen Wanderschein. Der Gemeindevorsteher wollte nichts geben, indem er sagte, ich sei ein Wirt.

Ich bin doch gar kein Wirt mehr, sagte ich, sondern Ihr seid Verwalter (Wirte) meiner Habe.

Er holte sich Rat beim Herrn Landrat, doch er mußte es sofort geben.

Die Frau, Mutter und Enkelin fuhr ich nach dem Hause des Gemeindevorstehers. Er gab ihnen aber nichts zu essen, sondern hieß sie nach Hause gehen, denn dort hätten sie Unterkunft und Essen.

Die Frauen mußten sich, wie es ging, nach Hause hinschleppen. Die eine ist lahm, die andere, meine 78jährige Mutter, sieht nichts, die dritte Frau führte sie, und die ist auch unglücklich, denn sie ist beim Feuer verunglückt.

Hilf mir, Herr Jesus, in diesem Kampfe zu siegen, denn ich weiß nicht, was mit mir weiter geschehen wird.

Adam Przygoda.

Auf Wunsch des Redakteurs des „Mazur“ hat Herr Przygoda eine Beschreibung des ganzen Vorganges eingeschickt. Wir haben den ganzen Brief wiedergegeben und nur die schärferen Wendungen gemildert. Für die Richtigkeit bürgt Herr Przygoda. Wenn etwas nicht richtig wäre, so möge es uns Herr Przygoda mitteilen, und wir werden es berichtigen. Auch eine sachliche Berichtigung der Behörden werden wir gern aufnehmen. Das Schreiben des Herrn Przygoda übersenden wir **Herrn Lewandowski**, damit er es den Reichstags- und Landtagsabgeordneten vorlege.

Möge der Kaiser erfahren, mögen die Minister erfahren, was mit dem armen Volke in Masuren vorgeht.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 208 des Kuryer Śląski (Zabrze)
vom 10. September 1911:

Der Kampf um den Kreis Rosenberg.

Der Kampf um den Kreis Rosenberg ist auf der ganzen Linie entbrannt. Am verflossenen Sonntag wurde uns auf gesetzwidrige Weise ein halbes Duzend Versammlungen verboten. Es wurden sofort Beschwerden an den Landrat, den Regierungspräsidenten und den Minister des Innern gegen das Vorgehen der Polizei, eigentlich aber gegen das des Rosenberger Landrats gerichtet, denn kein anderer als er allein gab den Amtsvorstehern Weisungen, wie sie Versammlungen verbieten sollen. Der Landrat bestätigte natürlich die polizeilichen Verbote voll und ganz, der Regierungspräsident geruhte bis jetzt nicht, eine Antwort zu erteilen, und der Herr Minister telegraphierte am Sonnabend vor einer Woche, daß die unteren Behörden die Sache prüfen werden.

Zum Sonntag, dem 10. d. M. beriefen Pfarrer Kucza aus Wyszka, der Abgeordnete Korzant und unser Mitarbeiter Herr Kuhnert etwa 15 Versammlungen nach den verschiedensten Teilen des Kreises Rosenberg ein, z. B. nach Wachowitz, Wyszka, Radlub, Schönwald, Szowczyce, Lomnitz, Wzyce, Telsruh, Skronsk und nach der Stadt Rosenberg. Alle Versammlungen wurden mit Ausnahme einer einzigen in Radlub verboten, und die Amtsvorsteher begründeten die Verbote wieder damit, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet werden würde, denn wegen der im Kreise herrschenden Maul- und Klauenseuche, des Scharlachs und der Masern (?) könnte sich die Seuche infolge der großen Ansammlungen von Menschen noch mehr verbreiten und die Gesundheit und Habe der Bürger gefährden. Diese Zärtlichkeit und Sorge der Polizei um Hab und Gesundheit der Bürger ist geradezu rührend. Schade nur, daß die Polizei bloß für die Gesundheit und Habe der Polen eine solche Sorge an den Tag legt, sie aber den Deutschen gar nicht zu teil werden läßt. Wir fordern doch nur Gleichberechtigung mit den deutschen Mitbürgern, und wir wün-

bern uns, wie dieselbe Polizei sich die den Deutschen drohende Gefahr so leichten Herzens ansieht. Die Deutschen veranstalten nämlich ohne Rücksicht auf die herrschenden Seuchen öffentliche Versammlungen und setzen nicht nur ihre Gesundheit und Habe, sondern auch die der Polen einer ernstesten Gefahr aus. Und der preußische Kriegsminister läßt sich in den Augen der ihm untergebenen Landräte und Amtsvorsteher einen noch größeren Leichtsinns zuschulden kommen, er kümmert sich um die Gesundheit und Habe der Einwohner des Kreises Rosenberg überhaupt nicht. Er läßt nämlich gegenwärtig im Kreise Rosenberg Manöver abhalten. Und die Soldaten gehen im Kreise von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf und können die Seuche erfolgreich verbreiten. Warum hat der Landrat den Kriegsminister auf diese Gefahr nicht aufmerksam gemacht? Wenn er dies unterlassen hat, so war er nicht ein „Vater“ des Kreises. Aber es scheint, daß der Herr Landrat vor allem die „polnische Seuche“ fürchtet, und darum ist er so besorgt — nicht um die Habe und Gesundheit der Kreiseinsassen —, sondern um die Herrschaft der Konservativen und der mit diesen verbündeten Zentrumsleute. Wir werden ihn von dieser Angst schon heilen, und es hängt nur von ihm ab, ob diese Kur länger oder kürzer dauern wird. Es ist klar, daß wir unter Hinweis auf dieses gesetzwidrige Vorgehen der Behörden an den Regierungspräsidenten und an den Minister eine Beschwerde über die Polizei gerichtet haben. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit aber wird der Reichstag sprechen, der Anfang Oktober zusammenkommt.

In der Versammlung zu Radlub werden wir ein Wahlkomitee wählen und einen politischen Verein gründen, die beide sofort eine tatkräftige Arbeit im Wahlkreise in Angriff nehmen werden. Vom 1. Oktober d. Js. ab werden wir für die Ackerbau treibenden Kreise mit armer Bevölkerung ein besonderes Blatt unter dem Titel „Prawda“ (Wahrheit) herausgeben, dessen Aufgabe sein wird, die nationalen Brachfelder zu bestellen und das in den Grenzkreisen hinsterbende Polentum zu retten. Der erste Sitz dieses Blattes wird Rosenberg sein, dort ist in der Neuen Vorstadt, gegenüber der Apotheke, bereits ein Lokal gemietet. In diesem Lokal wird sich eine Buchhandlung, die Redaktion und ein kleiner Saal zu Vereinsversammlungen befinden. Wir haben die Hoffnung, daß uns alle gutgewillten Leute bei dieser mühevollen, aber segensreichen Arbeit beistehen werden.

Der Konservativen und Hakatisten im Kreise hat sich eine ungeheure Panik bemächtigt. Der neue Kandidat der Hakatisten, der Nationalliberale Wellmann, hat in Kreuzburg und Rosenberg gegen die Polen losgedonnert und vor allem die Evangelischen gegen die Polen in gewissenloser Weise gehetzt. Er will in diesem konfessionellen Unfrieden für seine Kandidatur Fische fangen. Was das evangelisch-polnische Volk anbetrifft, so glauben wir, dieses Volk werde verstehen, daß es sich bei den Wahlen darum handelt, daß sich das arme, verfolgte und vor allem ausgebeutete Volk die Hände reicht zum gemeinsamen Kampf gegen die hakatistischen Magnaten, die Dreiviertel des Kreises in ihren Händen haben und für die das arme, polnische Volk um ein Hundegeld arbeiten muß. Diese Kreise entvölkern sich immer mehr, das Volk muß die heimatlichen Gegenden verlassen, denn es fehlt ihm in der Heimat an Brot. Wenn auch der polnische Kandidat ein Katholik sein wird, so mögen doch alle evangelischen Polen davon überzeugt sein, daß die Katholiken nicht daran denken, ihnen ihren Glauben zu rauben, sondern sie laden sie zu gemeinsamem Kampfe mit dem gemeinsamen Feinde

ein. Wir haben eine Sprache, ein und dieselben Gebräuche und vor allem eine große Not, darum reichen wir uns die Hände und kämpfen wir gemeinsam um unsere Rechte und unseren Wohlstand!

Über die Zentrumsleute liefen im Kreise sonderbare Gerüchte um. Wir wissen sehr gut, daß sie darüber beraten, ob sie das Kompromiß mit den Konservativen, welches sie seit 20 Jahren innehaben, nicht aufgeben sollen. Sie wollten es später unter anderen Bedingungen mit den Konservativen eingehen, aber auch das gelang ihnen offenbar nicht. Die Schlesische Volkszeitung teilt nämlich mit, daß anstelle des Fürsten Hohenlohe, der nicht mehr kandidieren wird, der gemeinsame Kandidat der Konservativen und des Zentrums, Gutsbesitzer von Wądzorff sei. Dieser Herr von Wądzorff gehört zu denjenigen Konservativen, die sich durch großen Haß gegen die Polen auszeichnen, er gehört zu denjenigen Evangelischen, die den Frieden zwischen Katholiken und Evangelischen stören. Zum Beweise seiner „Unparteilichkeit“ genügt die Tatsache, daß er eine Katholikin zur Frau hat, sie aber in eine evangelische „umgemodelt“ hat. Wir meinen, daß auch die polnischen Evangelischen zu einem solchen Menschen kein Vertrauen haben werden, denn ein gerechter Mensch raubt niemandem den von den Vätern geerbten Glauben. Das polnisch-katholische Volk wird Wądzorff seine Stimmen nicht geben, und das brave evangelische Volk kann ebenfalls kein Vertrauen zu ihm haben, denn es muß seine Handlungsweise für ungerecht halten; vor allem aber ist Wądzorff ein Kandidat der Herren und Skatisten. Wir sind neugierig, was die Zentrumsgeistlichen tun werden, ob sie überhaupt die Dreistigkeit haben werden, dem polnischen Volke einen solchen Kandidaten zu empfehlen. Wenn ihnen der Friede in den Pfarochien lieb ist, so mögen sie sich abseits halten und erlauben, daß das Volk nach seinem Willen handelt.

Aus Nr. 209 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 12. September 1911:

Wahlen im Wahlkreis Ratibor.

Infolge des Todes des Domherrn Dr. Frank wird der Wahlkreis Ratibor noch einen Wahlkampf vor den Hauptwahlen zu bestehen haben, so daß die Wähler im Laufe eines halben Jahres zweimal an die Wahlurne werden herantreten müssen, einmal bei der Ersatzwahl, das zweite Mal im Januar n. J. bei den Hauptwahlen.

Den Zentrumsleuten ist die Ersatzwahl höchst unbequem, und wenn uns das Gedächtnis nicht täuscht, so haben auch die Nowiny Raciborskie aus unverständlichen Gründen die Ansicht geäußert, daß es besser wäre, sich an der Ersatzwahl nicht zu beteiligen. Einem solchen Standpunkt können wir unter keiner Bedingung beipflichten, und zwar schon aus agitatorischen Gründen nicht. Der Wahlkreis Ratibor gehört zu denjenigen Kreisen, in denen der Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht gestattet ist. Die Ersatzwahl gibt uns Gelegenheit, eine ganze Reihe von Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten und die polnische Bevölkerung zu nationaler Arbeit anzuregen. Die nationale Scholle wird wiederum gründlich durchgepflügt werden, was im Kreise Ratibor um so notwendiger ist, als es in diesem Kreise sehr wenig polnische Vereine, ja außerhalb der Stadt Ratibor eigentlich gar keine Vereine gibt, weshalb im Kreise Ratibor ein vollständiger Stillstand auf dem Felde der nationalen Arbeit besteht.

Über die national-politischen Verhältnisse im Kreise Ratibor schreibt Dr. H. in der Gazeta Opolska:

„Nach der amtlichen Zusammenstellung aus dem Jahre 1900 wurden im Wahlkreis Ratibor 64397 Polen und 49961 Mähren, zusammen 114358 Slawen und 27661 Deutsche gezählt.

Katholiken gab es im Wahlkreis Ratibor: 114321 Slawen und 22482 Deutsch-Katholiken. Das Übergewicht der slawischen Katholiken fällt also jedem auf.

Das Verhältnis der katholischen Polen und Mähren zur Zahl der Deutsch-Katholiken und Protestanten aller Schattierungen ist folgendes: 114321 katholische Slawen und 27695 Deutsch-Katholiken und Protestanten.

Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß bei den nächsten Wahlen der Wahlkreis den Slawen zufallen mußte.

Der Wahlkreis Ratibor war im deutschen Reichstag wie folgt vertreten: Von 1871 bis 1877 war Fürst Tichnowski Abgeordneter, der der Reichspartei angehörte, vom Jahre 1877 ab waren Abgeordnete: v. Wallhofen, v. Tengel, v. Gliżczynski und Pfarrer Frank, die der Zentrumsparthei angehörten.

Sowohl im Jahre 1903 als auch im Jahre 1907 hatten die Polen besondere Kandidaten aufgestellt. Diese vereinigten 2461 Stimmen im Jahre 1903 und 4591 Stimmen im Jahre 1907 auf sich.

Dies ist in der Tat eine geringe Stimmenzahl, wenn man in Betracht zieht, daß die polnische Bevölkerung im Kreise über 43% ausmacht, und daß im Jahre 1893, wo Lehrer Robota als Pole kandidierte, dieser 6000 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Wo sind hier die Ursachen zu suchen?

Wahlberechtigt waren während der letzten Wahlen 28088 Wähler; 22507, also etwa 79% übten die Wahl aus. 5576 Wähler enthielten sich der Wahl. Dem polnischen Kandidaten fehlten bei der letzten Wahl zur absoluten Mehrheit 6610 Stimmen. Wenn wir sogar annehmen wollten, daß alle, die bei der letzten Wahl ihre Bürgerpflicht nicht erfüllt haben, Polen waren, so hätte der Kandidat der Polen das Mandat auch dann nicht erhalten, selbst wenn ihm alle Saumseligen ihre Stimmen gegeben hätten.“

Herr Dr. H. bemerkt mit Recht, daß die Polen diesen Wahlkreis mit eigenen Kräften nicht erobern könnten und daß eine Verständigung mit den Mähren durchaus notwendig sei. Es wurden Stimmen laut, daß eine solche Verständigung möglich sei, weil sich auch die Mähren in nationaler Beziehung aufzuklären begännen und ein Teil von ihnen lieber einen Slawen wählen möchte. Von einer gewissen Seite wurde dies übersehen, und das vom Zentrum herausgegebene mährische Blatt schrieb unlängst zur großen Freude der Zentrumsleute, daß die Mähren bei der Zentrumsfahne treu ausharren wollen. Nach unseren Informationen ist dem nicht so, und ein bedeutender Teil der Mähren hat die Herrschaft des Zentrums satt. Unseres Erachtens mußte möglichst bald eine Verständigung mit hervorragenden Wählern angebahnt, ein mährischer Kandidat ausersuchen und als gemeinsamer Kandidat der Polen und Mähren unter der Bedingung, daß er der polnischen Fraktion beitrifft, aufgestellt werden.

Die Zentrumsleute beabsichtigen angeblich, als Kandidaten ihren Landtagsabgeordneten Pfarrer Stanke aufzustellen; aber selbst die Schles. Volksztg. räumte erst unlängst ein, daß für die Zentrumsparthei die Hoffnung auf einen Sieg weit geringer sei als früher.

Die Skatisten und Regierungsanhänger haben die Agitation schon munter in Angriff genommen. Die Nowiny Raciborskie schreiben, in den Dörfern an der Oder laufe das Gerücht um, daß die Regierung die Oberregulierung in Angriff nehmen werde, wenn der Wahlkreis einen regierungsfreundlichen Abgeordneten wählen würde. Und es heißt, daß viele Wirte, die

Jahr für Jahr unter den Überschwemmungen zu leiden haben, geneigt seien, für einen Regierungsanhänger zu stimmen.

Dieses Gerücht ist natürlich von den Regierungsanhängern in Umlauf gesetzt und für die Unerfahrenheit des polnischen Volkes berechnet. Ein verständiger Mensch weiß nämlich, daß solche Angelegenheiten, wie Flußregulierungen, nicht davon abhängen, ob der Kreis einen regierungsfreundlichen Abgeordneten wählt, denn die Frage der Flußregulierungen kann nur durch von dem Reichstag oder preußischen Landtag angenommene Gesetze gelöst werden. Wir bemerken, daß sich der Reichstag gegenwärtig mit dem Entwurf der Flußkanalisierung befaßt, und der preußische Landtag wird sich im nächsten Jahre mit dem Wassergesetz befassen, denn der Entwurf dieses Gesetzes ist bereits ausgearbeitet. Übrigens sind die durch das preußische Kanalgesetz vorgesehenen Arbeiten auch noch nicht ausgeführt.

Das polnische Volk sollte diesen hafatistischen Versprechungen keinen Glauben schenken, sondern sich einmütig schon jetzt zum Wahlkampf für denjenigen Kandidaten rüsten, den ihm unser Wahlkomitee vorschlagen wird.

Aus Nr. 107 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 12. September 1911:

Mährischer Brief.

Schon früher schrieb ich in der Gazeta Opolska einige Artikel, in denen ich in Erwägung zog, ob es nicht möglich wäre, daß im Wahlkreis Ratibor ein Pole zum Abgeordneten gewählt werde. Wenn bisher den Wahlkreis Ratibor ein Zentrumsabgeordneter vertrat, so verdankt er dies lediglich der Hilfe der Mähren, die in geschlossener Phalanx für den Zentrumsmannt stimmten.

In den letzten Zeiten sind jedoch die Mähren mit der Zentrumsparthei nicht mehr zufrieden. Gründe hierzu haben sie vollaus genug; ich will nur einen hervorheben: die Germanisierungsarbeit des überwiegenden Teiles der mährischen Geistlichkeit. Das mährische Volk muß demnach darüber aufgeklärt werden, daß es nicht vom Zentrum seine Wiedergeburt erwarten könne, sondern daß es sich an seinen Stammesbruder wenden müsse, wenn es nicht für immer seine Muttersprache und seine nationale Sonderstellung einbüßen will.

Schon früher ließ ich mich darüber aus, wie ich mir eine erfolgreiche Tätigkeit zugunsten eines polnischen Kandidaten unter den Mähren vorstelle.

Vor allem müssen unbedingt verschiedene mährische Flugblätter verteilt werden, in denen den Mähren erklärt werden muß, daß ihr natürlicher Vertreter nur ein Pole und nicht ein Deutscher sein könne, daß die Polen in religiösen Angelegenheiten mit dem Zentrum Hand in Hand gingen, daß aber nur ein Pole die nationale Sonderstellung der Mähren erfolgreich verteidigen könne, seien doch beide desselben Volkstammes. Beide verfolge die Regierung, und welche Freundschaft sei fester, wenn nicht die, die gleiches Unglück, gleiche Bedrückungen und gleiche Gefahren zustande gebracht haben. Dann erst kann man die Veranstaltung von Wählerversammlungen in Angriff nehmen. Ich wiederhole noch einmal, daß das mährische Volk zu einem Kandidaten, der ein polnischer Geistlicher wäre, mehr Vertrauen hätte, als zu einem Zentrumsmannt; sogar dann, wenn dieser letzte mährisch verstünde.

Das polnische Wahlkomitee in Ratibor muß dies unbedingt in Erwägung ziehen und meine Auslassungen bei der Aufstellung des Kandidaten berücksichtigen.

Die Gazeta Opolska war unlängst der Ansicht, daß ein mährischer Geistlicher kandidieren sollte, der sich verpflichten würde, in der polnischen Fraktion zu hospitieren. Ich zweifle sehr, daß sich unter den heutigen Verhältnissen ein mährischer Geistlicher finden wird, der es wagen würde, als Kandidat gegen seine Amtsbrüder vom Zentrum aufzutreten. Das kann später geschehen, heut nicht. Können doch die Polen den Mähren die Versicherung abgeben, daß sie bei den nächsten Wahlen ihre Stimmen einem Mähren geben werden, sofern sich ein solcher finden wird, und die Mähren werden jetzt ihre Stimmen dem Polen geben. Wichtig ist jedoch der Umstand, daß die Agitation sofort in Angriff genommen werde, und ich zweifle nicht, daß der Erfolg günstig sein wird. Es darf daher nicht gesagt werden: Die Agitation unter den Mähren zugunsten eines polnischen Kandidaten wird nichts nützen; wurde doch ein Versuch schon gemacht, und alle Versuche waren vergeblich.

Wie waren aber die Versuche, wenn es Tatsache ist, daß in mehreren großen mährischen Dörfern für den polnischen Kandidaten überhaupt keine Stimmzetteln abgegeben wurden? Wenn die Agitation wieder in dieser Weise wird durchgeführt werden, dann werden alle Bemühungen vergeblich sein. Eine feste Freundschaft zwischen Polen und Mähren wäre die sicherste Grundlage für ein neues Leben des mährischen Volkstammes, und die slawische Solidarität verlangt von den Polen, daß sie den schwächeren Bruder retten.

Lächerlich ist die Behauptung des Zentrumsblatts „Oberschlesische Volkszeitung“, daß die Mähren dem Zentrum treu bleiben werden. Das Ratiborer Zentrumsblatt, das aus hafatistischen Blättern jeden Klatsch gegen die Polen abdruckt und das nicht einmal die Zentrumsleute ernst nehmen (es ist nämlich ein offenes Geheimnis, daß in Ratibor ein neues Zentrumsblatt gegründet werden soll), tritt ohne Gründe als Sachverwalter der Mähren auf. Die Sache verhält sich indes anders. Die wenigen Abonnenten dieses Blattes unter den Mähren rekrutieren sich aus Leuten, die ihre nationale Sonderstellung nicht mehr fühlen. Wenn sich das Zentrumsblatt als Sachwalter des mährischen Volks aufspielt, so möge es dann auch der Welt verkünden, in welcher Weise sein Besitzer das Blatt unter den Mähren verbreitet, nämlich mit Hilfe der Zentrumsgeistlichkeit. Diese Nachricht würde verschiedenen Zentrumsgeistlichen nicht gefallen.

Zum Schluß betone ich noch einmal: Schiebt eine tatkräftige Agitation unter den Mähren nicht auf, stellt einen polnischen Kandidaten, wenn möglich einen Geistlichen auf, der sich nicht fürchten wird, Versammlungen für die Mähren zu veranstalten. Und vergeßt die mährischen Flugblätter nicht!

Ein Mähre.

Aus Nr. 174 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 10. September 1911:

Die Lehre für uns aus dem Zwist im Zentrumslager.

Unter dieser Überschrift schreibt die nationaldemokratische Gazeta Ludowa u. a.:

Uns Polen könnte dieser Zwist ganz gleichgültig sein, aber man muß auf die nächsten Wahlen Rücksicht nehmen, wo die schlesischen Zentrumsleute, wie früher so auch heut, unter dem Deckmantel der Verteidigung der katholischen Kirche kämpfen und unser Volk überreden werden, seine Stimmen ihnen, den „Katholiken“, zu geben, während sie den polnischen Abgeordneten den Katholizismus absprechen werden. Darum ist es gut,

unser Volk daran zu erinnern, daß das Zentrum nur eine deutsche Partei sein will und sein wird, eine Partei, die den Katholizismus wie früher verteidigt, wenn die Notwendigkeit eintritt, aber das Zentrum wird nie eine rein konfessionelle Partei sein, der alle Katholiken angehören müssen!!

Es fällt auf, daß die Geistlichen in Schlesien die katholische Richtung im Zentrum in Schutz nehmen, denn sie wissen, daß unser polnisches noch unaufgeklärtes Volk, wenn es erfährt, daß das Zentrum einzig und allein eine deutsche und nur gelegentlich eine katholische Partei ist, in Scharen die deutschen Reihen der Zentrumspartei verlassen wird. Und das fürchten die schlesischen Zentrumsleute sehr. Kein Wunder, wird ihnen doch die letzte Waffe, mit der sie gegen die polnische Fraktion kämpfen, aus der Hand fallen. Wissen wir doch aus den früheren politischen Kämpfen, wie man über die polnischen Abgeordneten herfiel, wie man ihnen den Katholizismus absprach, wie man sogar katholischen Geistlichen den Katholizismus absprach, und wie man seine Verwunderung ausdrückte, daß sich ein katholischer Geistliche in den polnischen Reihen befinden kann, an deren Spitze angeblich Ungläubige stehen.

Jetzt können wir unserem Volke sagen: Die polnische Fraktion ist die Vertreterin der polnischen Bevölkerung im preussischen Teilgebiet, und sie verteidigt die polnische Sache und die polnische Bevölkerung ebenso, wie alle deutschen Parteien die deutsche Bevölkerung vertreten und verteidigen. Wer wird denn die Interessen der polnischen Bevölkerung gebührend wahrnehmen, wenn nicht die Polen?

Andererseits können wir in unserer Verteidigung von den deutschen Parteien nichts erhoffen! Manche von ihnen werden vielleicht gegen uns gerecht sein, sie werden sich aber nie für uns begeistern und sich uns zu Liebe keinen Unannehmlichkeiten seitens der Regierung aussetzen. — Dagegen wird uns ein Pole, unser Landsmann, der mit uns fühlt, mit Begeisterung verteidigen, er wird auf die Gunst oder Mißgunst der Regierung nicht achten. Und was den Katholizismus anbetrifft, so verteidigt wohl die polnische Fraktion den heiligen katholischen Glauben ebenso wie das Zentrum. Das ist der einzige gemeinsame Punkt in unserm Verhältnis zum Zentrum.

Wir müssen von den Zentrumsleuten im Westen lernen und aus der Politik die konfessionelle Politik ausschließen. Auch die polnische Fraktion muß eine politische Fraktion sein!

Wir haben nämlich eine ganze Masse polnischen Volks lutherischen Bekenntnisses. Wenn wir diese Masse nicht für uns, für unseren von den Vätern ererbten Glauben gewinnen können, so müssen wir diese Massen wenigstens vor der Entnationalisierung bewahren.

Und die „polnische Fraktion“ muß als die Vertreterin der ganzen polnischen Nation im preussischen Teilgebiet auf diese unsere Brüder Rücksicht nehmen und sie verteidigen. In dem nationalen Kampfe müssen wir retten, was sich retten läßt. Wenn wir aber in der Politik fortwährend unseren Katholizismus betonen werden, so werden sich die Brüder anderen Bekenntnisses von uns fernhalten.

In der Praxis sehen wir auch, daß sich die Vernachlässigung dieser unserer Brüder an der polnischen Nation furchtbar gerächt hat und rächt; denn die polnische Bevölkerung lutherischen Bekenntnisses hat sich verdeutsch, und sie verdeutsch sich immer noch schrecklich.

Solche Gedanken gibt mir der Tod des verstorbenen Pastors Badura aus Neumittelwalde bei

Groß-Wartenberg, des letzten — wie mir scheint — Pastors in Preussisch-Schlesien, ein. Was in Österreich-Schlesien möglich ist, wird auch bei uns möglich sein!

Geistlicher Matthias der Jüngere.

Aus Nr. 207 des Kurjer Slaski (Zabrze)
vom 9. September 1911:

Die Zeitung des Fürstbischöflichen Kommissarius Glowacki hat schon das Siegel des preussischen Ministers.

Der Haß gegen die polnische Bewegung in Oberschlesien läßt dem Fürstbischöflichen Kommissarius Glowacki keine Ruhe. Darum sucht er eine neue Waffe gegen den polnischen Feind zu schmieden, indem er sich trotz seines hohen Alters mit jugendlichem und einer besseren Sache würdigem Eifer die Gründung eines talmi-polnischen Blattes angelegen sein läßt. Er sucht sich fortwährend einzureden, das polnische Volk in Oberschlesien sei noch so unaufgeklärt, daß es sich von der polnisch gefärbten Zentrumschaar fangen lassen wird.

Dies ist eine traurige Illusion. Kommissarius Glowacki möge überzeugt sein, daß, wie auf einer ordentlichen Glaze nie mehr Haare wachsen werden, selbst wenn man sie mit künstlichen Ölen und Pomaden einschmieren würde, ebenso in Oberschlesien das polnische Volk nie mehr in das Zentrumslager zurückkehren wird. Ein polnisches Zentrumsblatt wird nur eine künstliche Erscheinung, nur eine Maske, eine Perrücke sein. Nicht einmal das Ende der Gazeta Katolicka hat ihn von einem neuen Versuch abgeschreckt. Es ist bekannt, daß dieses armselige Blatt aus Mangel an Lesern an der Schwindsucht litt und den Geistlichen, seinen Anhängern, viele finanzielle Verlegenheiten bereitete. Das schlimmste ist, daß das Blatt, obgleich es unter polnischem Deckmantel für das Deutschtum tätig war, dennoch von der Regierung verkannt wurde, die ihm nicht nur keine Gunst schenkte, sondern ihm sogar mißtraute; denn die Regierung, die jedes polnische Wort fürchtet, sähe am liebsten, wenn der Klang der polnischen Sprache ihr Ohr nicht mehr belästigte, und sie kann den Zeitpunkt nicht mehr erwarten, wo sich das Polentum in Oberschlesien zum ewigen Schlaf niederlegen wird, denn das Polentum in Schlesien ist nicht bloß nach der Meinung jenes Richters aus Königshütte eine vorübergehende Angelegenheit. Kein Wunder, daß die Regierung unablässig auf den Kardinal Kopp einwirkte, daß er den geistlichen Herausgebern der Gazeta Katolicka die Einstellung des Verlages gebieten solle. Seine Eminenz befolgte die Weisung der Regierung und erließ an jene Geistlichen eine Verfügung, deren Inhalt lautete: Macht endlich ein Ende! Aber die Führer der Gazeta Katolicka zögerten, besonders aus finanziellen Gründen, bis sie endlich nachgaben und irgendwo in einem Winkel die Gazeta Katolicka still beerdigten.

Mehrere Jahre sind vorübergegangen. Die Wahlen stehen bevor. Wiederum erinnern sich unsere Zentrumsleute, daß in Oberschlesien polnisch redende Menschen wohnen und daß man ihnen am besten in der Muttersprache zu Herzen spricht. Und darum schreibt, bittet, bettelt, beschwört Kommissarius Glowacki seine Amtsbrüder: Gebt, spendet für ein polnisch geschriebenes Zentrumsblatt, wenn ihr den Polen und polnischen Geistlichen in Oberschlesien das Feld nicht ganz räumen wollt. Er meint, er jammert, daß wenig Spenden eingehen (obgleich ihm seine Anhänger vorwarfen, daß er selbst sich durch Freigebigkeit nicht aus-

zeichnet) — und — o Wunder — er rühmt sich, er sei in dieser Angelegenheit beim Minister selbst gewesen, und der Minister habe sein „placet“ gegeben, d. h. seine Absicht gebilligt. Kommissarius Glowacki ruft also aus: Nur Mut! Ihr zitternden und die Regierung fürchtenden Geistlichen! Die Regierung macht kein finsternes Gesicht mehr, vielmehr lächelt sie unserer „polnischen“ Zeitung zu, weil sie endlich überzeugt ist, daß das neue Blatt Przyjaciół pruskiego ludu (Freund des polnischen Volks) der lutherischen Amtsbrüder, der die armen polnischen Masuren betörenden Pastoren ähnlich sein wird.

Hier ist der Wolf im Schafspelz! Drum ans Werk, denn unser Blatt hat schon den „Segen“ aus Berlin und darum auch den aus Breslau.

Wir Polen aber wollen hinzufügen: Es hat aber nicht den himmlischen Segen, denn Gott ist die Wahrheit und verabscheut die Lüge.

Ein Wissender.

Aus Nr. 173 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 9. September 1911:

Das Regime des Kardinals Ropp.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte das Lemberger Slowo Polskie und nach ihm auch andere Blätter unseres Landesteils einen Artikel, der der Wirklichkeit nicht ganz entspricht.

Die Kleriker österreichischer Untertanschaft werden in Weidenau in Österreich-Schlesien herangebildet, und sie kommen nur zur Diakonsweihe nach Breslau, wo sie kaum einige Tage verweilen. Soviel ich weiß — und ich kenne die Verhältnisse des Priesterseminars in Weidenau sehr gut — beherrschen die Polen und Tschechen ihre Sprache vorzüglich, und die Mehrheit bilden die Polen. Die polnische Prüfung fürchten sie gar nicht, dies kann man höchstens von den Breslauer Klerikern sagen. Dort ist der Unterricht der polnischen Sprache, wie ich bereits in meinen Artikeln dargetan habe, geradezu skandalös. Dort in Breslau kennen unter 50 kaum 5—8 die polnische Sprache genau, und zwar sind dies Nationalpolen.

Die übrigen dagegen, die sogenannten Utraquisten, lesen und sprechen, wenn man überhaupt von einem Sprechen reden darf, wie dreijährige Kinder. Sie können kaum lesen. Und diese schickt, wie ich schon wiederholt bewiesen habe, das bischöfliche Amt in den Industriebezirk. Gerade dort wimmelt es von Geistlichen, die gleich kleinen Kindern nicht sprechen können; denn diejenigen, die die Sprache gut beherrschen, werden in deutsche Gegenden oder in die Diaspora geschickt. Soweit ich die Versekungen der Neopresbyter verfolgt habe, muß ich sagen, daß eine Wendung zum Besseren eingetreten ist. Aber mir scheint es, daß diese Geistlichen einfach in die Diaspora geschickt werden, sobald sie „reif für die Diaspora“ sind.

Soviel zur Steuer der Wahrheit.

Geistlicher H . . . s.

Aus Nr. 174 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 10. September 1911:

„Zu spät, Freunde . . .“

Die polnische Presse in Galizien erneuert ziemlich laut den Alarm des Boykotts preussischer Kohle. Die diese Angelegenheit besprechenden Artikel sind nicht so, wie früher, von Gier nach Haß gegen die Preußen wegen ihrer polenfeindlichen Politik erfüllt. Die gali-

zischen Blätter ermuntern im Namen des nationalen Wohls, zur Unterstützung der eigenen einheimischen Kohlenindustrie und suchen der Volksgeamtheit zu erklären, daß die galizische Kohle einen größeren Wert besitze als die oberschlesische. Wir lassen dahingestellt, ob die galizische Kohle hinsichtlich ihres Wertes und ihrer Qualität besser ist als die oberschlesische. Uns kommt es nur darauf an, von wem Galizien Kohle kaufen wird.

Bisher bezog Galizien den größten Teil der ihm notwendigen Kohle aus oberschlesischen Gruben. Gegenwärtig sucht die galizische Presse allen Bedarf an Kohle durch die einheimische Produktion zu decken, denn „die galizische Einfuhr dieser Art preussischer Marken — lesen wir in galizischen Blättern —, wie die Marke Nowa Przemsza (die schwächer ist als die galizischen Marken) und viele andere, ist nicht nur eine durch nichts gerechtfertigte Ungereimtheit, sondern sie trifft geradezu die vitalsten wirtschaftlichen Postulate des Landes, da der Einzelne die Ware zu teuer bezahlt, ohne irgendwelche Vorteile zu haben, in der Zahlungsbilanz des Landes aber sich der Fehlbetrag zu Gunsten des Nachbarn erhöht, der uns politisch drangsaliert und uns in wirtschaftlicher Beziehung beständig und systematisch ausbeutet.“

Alles das ist schön und gut. Die hafatistischen Grubenunternehmer in Oberschlesien wollen wir nicht verteidigen, und wir verteidigen sie auch nicht, aber wir meinen, daß Galizien etwas zu spät an die Sache herangegangen ist. Diese Art von Klagen, daß die preussischen Industriellen ihre Taschen mit Geld aus Galizien spicken, ist mindestens verspätet, denn der Länderteil der Kohlenlager in Galizien ist (leider!) in den Besitz preussischer Kapitalisten übergegangen. Wenngleich also Galizien seinen Bedarf mit einheimischer Kohle decken wird, so werden doch Millionengewinne in die Taschen preussischer Finanzleute gelangen. Das gegenwärtige Wehklagen kommt zu spät. Jetzt ist es schon gleichgültig, welche Kohle man beziehen soll, ob oberschlesische oder galizische, denn der Gewinn wird in ein und dieselbe — preussische — Tasche fließen.

Wir wissen, was regiert. Eine Hand voll Deutsche in Galizien, die fast gar keine wirtschaftliche Bedeutung hat, verlangt in unverschämter Weise Gleichberechtigung für ihre Sprache. Wie wird es erst sein, wenn sich in Galizien die preussische Kohlenindustrie entwickeln wird! Der Schmarogwurm wird sich an den Schätzen des polnischen Bodens und an der billigen Kraft des galizischen Arbeiters mästen, und der hafatistische Blutegel wird unverschämter den Kopf noch höher recken. . . .

(Vergleiche den Artikel unter „Ausland“.)

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 204 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 7. September 1911:

Kriegstreiberei.

Den Deutschen geht es zu gut, daher juckt ihnen das Fell. Wer gegenwärtig Blätter wie die „Tägl. Rundschau“, die „Berl. Neueste Nachr.“ und ähnliche Organe liest, welche die Interessen der Waffen- und Panzerplattenfabriken oder Chauvinismus des Chauvinismus halber betreiben, dem könnte es scheinen, als wenn der Krieg jeden Tag ausbrechen könnte, müßte. Man spielt dort mit dem Feuer, des nichtswürdigen Zieles sich vollbewußt.

Die Wahlen stehen vor der Tür, die Furcht vor der Abrechnung für die sogenannte Finanzreform und vor dem Schreckgespenst des angewachsenen Sozialismus ruft einen Zustand der Unsicherheit auf seitens aller derer hervor, welche sich an der Staatskrippe mästen. Man sucht daher die Aufmerksamkeit der breiten Massen von den inneren Schmerzen abzulenken und sie auf äußere Angelegenheiten hinzulenken. Dadurch, daß man mit dem Kriegsfäbelchen raffelt und über die angebliche Unbill wehklagt, welche Frankreich Deutschland in Marokko zugesügt habe, sucht man in den Massen einen wohlfeilen Patriotismus an, der sie die Teuerung und die allgemeine Not vergessen machen soll, die hervorgerufen und aufrechterhalten wurde sowohl durch die zu Gunsten der Agrarier und der Großindustrie auferlegten Zölle, als auch durch das hermetische Abschließen der Staatsgrenzen gegen jedwede Zufuhr von Fleisch und anderen Lebensmitteln.

Der Patriotismus soll als Mittel dienen, um die Entwicklung des Sozialismus aufzuhalten und das Radikalmachen der Massen bei den nächsten Reichstagswahlen zu verhindern.

Die Kriegstrompete soll die Klagen über eine Wirtschaft betäuben, welche zu immer ärgerer Verarmung der Bevölkerung führt. Und wie auf ein gegebenes Kommando schießt man mit einem Male ein Kriegsschiff nach Agadir und fordert man von Frankreich Entschädigungen für Gott weiß was.

Und die Presse, die in den Diensten derer steht, die aus einem etwaigen Kriege den größten Nutzen ziehen würden, und derer, welche die innere Gefahr durch eine äußere beschwören möchten, diese Presse schreibt in herausforderndem, den Stolz und die Würde Frankreichs verletzendem Tone.

In Deutschland fallen jetzt unausgesetzt Worte, welche die Nachbarn im Westen reizen müssen, und wenn auf der anderen Seite der Minister Delcassé und der Präsident der Republik, Fallières selbst, in dem gleichen Tone antworten unter Berufung auf die Schlagfertigkeit von Heer und Marine Frankreichs, dann betrachtet man das in der Presse der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten als eine Herausforderung Deutschlands.

Das reine Gespräch des Wolfs mit dem Lamm. Den Tag von Sedan hat man absichtlich soeben mit größerem Tam-Tam als gewöhnlich begangen. Man hielt Paraden über Paraden ab, um mit der Schlagfertigkeit der bewaffneten Kräfte die Gemüter zu befeuern und sie für die „Idee“ der blutigen Auseinandersetzung mit dem französischen Übeltäter zu gewinnen. Die dem Sedantage gewidmeten Artikel der besonders patriotischen Zeitungen, die zum Frühstück einen Polen, zum Mittag einen Franzosen und zum Abend einen Engländer verschlucken möchten, atmeten eine Gier nach Blutvergießen, die mit jedem Tage leidenschaftlicher wird. Es bedarf nur noch eines Funkens von maßgebender Stelle her, und der Krieg ist da. Und um was das alles? Darum, weil man Frankreich das Übergewicht in dem an Algier grenzenden Marokko nicht gönnt, weil Deutschland noch die Niederlagen nicht verschmerzt hat, die es vor ein paar Jahren auf der internationalen Konferenz in Algieras in derselben Sache davongetragen hat, weil in dieser Konferenz außer dem österreichischen Verbündeten niemand Deutschland unterstützt hat und es isoliert geblieben ist.

Und da fabriziert man mit einem Male „geschädigte“ deutsche Interessen in dem entlegenen Marokko, verteidigt man angeblich einige Spekulanten, welche den Mauren die besten Erzlager fortnehmen wollen und welche in ihren Ausbeutungstrieben sich gehemmt sehen durch Frankreich, das als Nachbar Marokkos dort wirklich berechnete Interessen hat. Was

haben die Deutschen überhaupt in Marokko zu suchen? Mögen sie dort jederlei Handel betreiben, aber mögen sie nicht aus Anlaß eines Landes, das ihnen nicht gehört, den Kriegsbrand schleudern, welcher leicht die Feuersbrunst eines großen europäischen Krieges entzünden kann! Frankreich hat Not genug gehabt, um in dem in Aufruhr befindlichen marokkanischen Lande die Ordnung wiederherzustellen; denn Frankreich wollte nicht zulassen, daß die Woge des mohammedanischen Giraunhasses sich über das benachbarte Algier und Tunis ergieße. Weshalb wirft sich das christliche Deutschland mit Gewalt zum Verteidiger des Halbmonds auf, weshalb will es Frankreich nicht die Rolle des Beruhigers und Zivilisators von Marokko spielen lassen, die es mit solchem Erfolge und Nutzen für sich und die allgemeine Kultur in Algier und Tunis gespielt hat? Weshalb wirft man ihm und seiner kulturellen Tätigkeit Steine in den Weg? Und sollte Frankreich dabei vergessen, das 7. Gebot zu beachten, so hat Deutschland das wenigste Recht, ihm das übelzunehmen; denn gerade Preußen, das in Deutschland das Regiment führt, hat gegen dieses Gebot am meisten gesündigt. Ist es doch ganz entstanden infolge Nichtbeachtung dieses Gebots; alles, vom Namen des Staates an war fremdes Eigentum. Weshalb erachtet Preußen es also für ihm angetanes Unrecht, wenn die Franzosen, welche für die „Tunisierung“ Marokkos schon soviel an Habe und Menschen geopfert haben, den Raub nicht teilen wollen, der ihnen zukommt, wenn sie zu der Teilung Deutschland nicht zulassen wollen, welches dort nichts riskiert hat, außer der Hinführung weniger Spekulanten zur Ausbeutung der Minen?

Aber den Deutschen dünkt es, ja, sie glauben sogar fest daran, daß ihnen überall etwas zusteht, in China, in Persien, in der Türkei und neuerdings in Marokko. Wo andere etwas einheimen, da müssen sie stets dabei sein. Das ist ihnen mit Polen so gut gelungen, darum betrachten sie die Beteiligung an der Fortnahme fremder Länder für ihr spezielles Privileg. Haben sie denn nicht mit des Henkers Recht schon genug Kolonien in Afrika eingesteckt? Ist ihnen alles das noch zu wenig? Müssen sie Frankreich noch um gewisse, mit dessen Blut und Millionen erkaufte Erfolge beneiden? Ist die Welt für Deutschland nicht groß genug?

Die Begehrlichkeit der Deutschen wird zur ewigen Gefahr für alle übrigen Staaten und zwingt diese zu unausgesetzt neuen Rüstungen und zum jährlichen Hinauswerfen von Milliarden zur ständigen Kriegsbereitschaft auf Kosten der wesentlichsten kulturellen Aufgaben der Menschheit.

Muß das nicht mit der Zeit zu einer Katastrophe führen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Wie soll das enden?

Aus Nr. 17 der Sita (Posen)

vom 10. September 1911:

D o r t m u n d, den 29. August 1911.

Die hiesige Filiale der Bauhandwerker wurde durch Bemühung mehrerer eifriger Mitglieder am 27. Oktober 1910 gegründet, welche anfangs so schwach war, daß man keinen Vorstand wählen konnte, denn sie zählte nur 14 Mitglieder. Jedoch bei eifriger Arbeit mehrerer Mitglieder, wuchs unsere Filiale von Tag zu Tag derartig, daß sie gegenwärtig 131 Mitglieder zählt. Mehrere von diesen sind ausgetreten, eigentlich ließen sie sich infolge des Boykotts der roten Vormünder bzw. christlicher Michels umschreiben. Die übrigen Kameraden halten

jedoch fest an der Standarte unserer Vereinigung mit der Überzeugung, daß wir uns selbst Rat geben werden. Ihr Kollegen aber, die ihr unsere Organisation meidet, denkt daran, daß auch ihr die Wahrheit erfahren werdet, wenn es nur nicht zu spät sein wird.

Jetzt appelliere ich an euch Mitglieder, damit ihr noch viel eifriger in den Versammlungen erscheint, denn die Zahl von 20 oder 30 Mitgliedern ist zu klein, aber 50 bis 80 müßten in den Versammlungen erscheinen!

Kameraden! Um sich für die Lage der Arbeiter zu interessieren, genügt es nicht nur Beiträge zu zahlen, sondern man muß auch tätigen Anteil am öffentlichen Leben nehmen und dazu eignen sich am meisten die Versammlungen. Ich teile jetzt den Mitgliedern mit, daß der bisherige Vorsitzende sein Amt infolge Verzuges in die Heimat niederlegte und an seiner Stelle Kamerad Rejnowski, Dürener Straße 43 wohnhaft, gewählt wurde. Sämtliche Korrespondenzen, die unsere Filiale betreffen, bitte dorthin zu richten. Unsere Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage im Vereinslokal statt.

Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 21. September statt.

R o z l o w s k i, Schriftführer.

Aus Nr. 131 des Głos Polski (Czerst)
vom 7. September 1911:

H e r n e.

Der Herr Abgeordnete Rulerski hat das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der „Brotfabrik, G. m. b. H.“ niedergelegt, auch ist er aus dieser Genossenschaft ausgetreten, indem er auf seinen Anteil in Höhe von 2000 M zu Gunsten der Genossenschaft verzichtet hat. Der Austritt des Herrn Abgeordneten Rulerski aus der Genossenschaft ist infolge des Verhaltens einiger Genossenschaftsmitglieder gegenüber dieser Genossenschaft erfolgt.

Anstatt gemeinsam zum Nutzen der Genossenschaft zu arbeiten, dachten diese Mitglieder hauptsächlich an ihr eigenes Interesse und schädigten direkt die Genossenschaft.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 206 des „Wielkopolanin“ (Posen)
vom 10. September 1911:

Die „polnischen“ Sozialisten und die Ostdeutsche Ausstellung.

Wenn auch die Sozialisten im privaten Leben, wenigstens hier im Großherzogtum, sich als gute Polen aufspielen, um leichter an den polnischen Arbeiter heranzukommen, so handeln sie dennoch im öffentlichen Leben geradezu gegen die Interessen unserer Volksgesamtheit. Alle unsere Zeitungen haben sich bekanntlich wegen des antipolnischen Charakters der Ostdeutschen Ausstellung gegen eine Besichtigung derselben ausgesprochen. Die Sozialisten dagegen empfehlen in ihren polnisch gedruckten Zeitungen Eintrittskarten für die Ausstellung „zu ermäßigten Preisen“. Es wäre interessant, zu erfahren, was die Arbeiter in der Ausstellung lernen sollten! Die Sozialisten verstehen es, den „Kulturträgern“ zu helfen; sie haben mehrere Tausend Eintrittskarten genommen und drängen sie — im Widerspruch zu unsern Interessen — den Arbeitern auf. Das gleiche tut auch der „Christliche Verband“, derselbe Verband, der sogar von angesehenen Seite dem polnischen Arbeiter empfohlen wird.

Es versteht sich, daß der polnische Arbeiter den Einflüsterungen seiner „herzlichen Freunde“ kein Gehör schenken wird. Die deutsche Ausstellung ist nicht der passende Platz, an welchem der polnische Arbeiter sein Wissen bereichern kann.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 412 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 4. September 1911:

Die einheimische Kohle und die preußische Invasion.

Seit einer Reihe von Jahren sucht die Publizistik nachzuweisen, wie ungerecht das Verhalten des Publikums gegenüber den einheimischen Kohlengewerkschaften ist, indem es der preußischen Kohle den Vorzug gibt. Auf Grund der amtlichen Untersuchungen der Qualität der ober-schlesischen Kohle und der einheimischen Kohle muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Bevorzugung der ersten durch nichts begründet ist und daß nur einige Marken der preußischen Kohle einen so hohen Heizwert haben, daß man ihren Ankauf teilweise rechtfertigen könnte, trotz des verhältnismäßig sehr hohen Preises und der großen Transportkosten.

Daß man bei gutem Willen im Lande der preußischen Kohle sehr gut entraten kann, beweisen die industriellen Unternehmungen, die zu ihren Zwecken ausschließlich einheimische Kohle verwenden, indem sie die Feuerungsanlagen so eingerichtet haben, daß sie nicht ausschließlich zur Kohle von sehr hohem Heizwert dienen. Da es unbestrittene Tatsache ist, daß sich der Heizwert der einheimischen Kohle in den Grenzen zwischen 5500 und 7000 Kalorien bewegt, so kommt die einheimische Kohle den preußischen Marken nicht nur gleich, sondern sie übertrifft sogar die durchschnittlichen von den preußischen Agenten aufgedrängten Sorten, wie Nowa Przemyśl, Heinrichsgründ, Margarete usw.

Wir sprechen nicht vom häuslichen Brennmaterial, das in Westgalizien fast ausschließlich galizische Gruben liefern, wobei zu betonen ist, daß heute die einheimische Kohle ohne Vergleich besser ist als die Produktion vor ein paar Jahren. Die Gruben sind nämlich bereits auf einheitliche Kohlenlager geraten und haben die Sortierungen, die Wäsche usw. der neuesten Systeme eingeführt, so daß sie ausgezeichnet sortiertes, der unverbrennbaren Bestandteile entblößtes Material liefern können.

Die größte äußere Konkurrenz für die einheimische Kohle bildet die massenweise in unser Land eingeführte preußische Kohle, und ihre Ursachen lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen:

- a) Langjähriger Stillstand in unserer Kohlenindustrie;
- b) weite Verzweigung des Absatzes preußischer Kohle durch ausgezeichnete Handelsorganisation auf dem vor Jahrzehnten eroberten Markt;
- c) die Leitung des Verkaufs des größten Teils unserer Produktion bis vor nicht langer Zeit durch eine Wiener Firma, die in ihren Händen auch den Handel der preußischen Kohle konzentriert hatte;
- d) Voreingenommenheit des Publikums gegen das einheimische Produkt.

Die ernsteste innere Konkurrenz aber ist die Heizung mit Erdöl, soweit die Qualität des Erdöls auf dem Markte den Unternehmungen eine entsprechende Budgetkalkulation erlaubt.

Auch die Kohlenpreise in unserem Lande müssen sich vor allem nach den Preisen der ober-schlesischen

Kohle richten. Aber infolge des bisherigen Mangels an einer geeigneten Handelsorganisation des einheimischen Kohlenverkaufs einerseits, und infolge der ständigen, straffen und ausgezeichnet organisierten preußischen Konkurrenz andererseits stehen diese Preise in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Wert unserer Kohle, noch zu den in den Nachbarländern erreichten Preisen, noch auch zu den tatsächlichen Kosten der Produktion.

Die durchschnittlichen Verkaufspreise der Kohle aus preußischen Gruben in den letzten Zeiten betrugen in groben Sortimenten 140 bis 170 Heller oder auch mehr für 100 Kilogramm loco Grube, in industriellen Sortimenten dagegen 80 und 140 Heller für 100 Kilogramm, während sich die Preise der einheimischen Kohle von 70 bis 130 Heller in gröberen Sortimenten von 20 bis 70 Heller für 100 Kilogramm in industriellen Sortimenten ebenfalls loco Grube bewegten.

Wenn wir diese mit einander vergleichen, legen wir uns unwillkürlich die Frage vor, ob der Unterschied der Kohle ein solcher ist, daß er den bestehenden Unterschied der Preise rechtfertigt. Bei genauer Untersuchung der Heizwerte erweist sich dies absolut nicht als kommensurabel. Am auffälligsten ist aber die grundsätzliche Bevorzugung der Rower Przemisja vor der einheimischen Kohle, denn nicht genug, daß sie teurer ist, ist überdies ihre Fracht noch etwa 15 Kronen für den Waggon teurer, und sehr oft beruht die ganze Überlegenheit der preußischen Kohle darauf, daß sie bei uns in einem roten Waggon anlangt und daß wir — außer dem hohen Preis für die Kohle — auch die armen Preußen und die preußischen Bahnen für den Transport verdienen lassen.

Wenn schon eine gewisse Kategorie der Konsumenten in Ost-Galizien preußische Kohle nach von den Eisenbahnstationen entfernten Orten einführt, wo der weite Transport per Achse äußerst beschwerlich ist, so möge sie wenigstens notorisch gute Kohle, das ist solche von hohem Heizwert, kaufen. Indes sehen wir in der Praxis, daß unsere teutonischen Feinde unsere Volksgesamtheit hinsichtlich der Überlegenheit der preußischen Kohle so weit zu suggerieren und ihr einzureden vermochten, die einheimische Kohle sei gänzlich wertlos, daß sie jetzt Dank dieser Suggestion die an Heizwert schwächste Marken einführen und mit ihrem untergeordneten Produkt Galizien überschwemmen, wobei sie sich hohe Preise zahlen lassen.

Die galizische Einfuhr dieser Art preußischer Marken, wie die Marke Rower Przemisja (die schwächer ist als die galizischen Marken) und viele andere, ist nicht nur eine durch nichts gerechtfertigte Ungereimtheit, sondern sie trifft geradezu die vitalsten wirtschaftlichen Postulate des Landes; da der Einzelne die Ware zu teuer bezahlt, ohne irgend welche Vorteile zu haben, in der Zahlungsbilanz des Landes aber sich der Fehlbetrag zu Gunsten des Nachbarn erhöht, der uns politisch drangsaliert und in wirtschaftlicher Beziehung beständig und systematisch ausbeutet.

Keine geringe Rolle spielt auch die Art des Handels mit verschiedenen Marken durch Beeinflussung des Abnehmers; denn der Besitzer gibt sich in der Regel nicht die Mühe, selbst eine Probeheizung in seinem Kessel durchzuführen, er verläßt sich vielmehr nur auf den Bericht seines Heizers, und dieser stellt grundsätzlich ein günstigeres Zeugnis derjenigen Kohle aus, deren Vermittler im Verkauf herzlichere Worte mit ihm gewechselt hat.

Das Ergebnis dieses unbedachten Handelns der Volksgesamtheit, in diesem Zweige seine Bedürfnisse zu decken, ist das, daß in der Kohlenproduktion unseres Landes seit fünf Jahren ein nie dagewesener Stillstand herrscht und daß die einheimischen Gruben, die heute zu einer Förderung von mindestens 250 000 Waggon

Kohle eingerichtet sind, kaum 135 000 produzieren, und Galizien mehr als die Hälfte aus Preußen einführt!

Die statistischen Zahlen zusammenfassend, stellen wir mit Behmut fest, daß unser Land alljährlich etwa 145 000 Waggon preußische Kohle einführt, die — wenn man den Durchschnittspreis mit 150 Kronen für den Waggon loco Grube berechnet — einen Wert von über 22 000 000 Kronen darstellen.

Auch die Apathie, welche unsere Volksgesamtheit der einheimischen Kohlenindustrie bezeugt, richtet, abgesehen von anderen bedeutenden Verlusten, dem Lande den unerfesslichen Schaden an, daß infolge des Mangels an einer Möglichkeit, die einheimische Kohle abzugeben, und infolge der damit verbundenen Stagnation in der Entwicklung der Kohlenproduktion fast 7000 unserer Bergarbeiter im Auslande Arbeit suchen müssen, anstatt diese hiezulande zu haben.

Bekanntlich fördert nämlich ein Bergarbeiter jährlich etwa 22 Waggon Kohle; wie viele solche Individuen also, die jährlich 22 Waggon Kohle fördern, sich im Lande unterbringen lassen, so viele Arbeiterfamilien finden im Lande Erwerb.

Es ist einfach unverständlich, wie eine Volksgesamtheit, die mit ganzer — jedes Lobes würdiger — Konsequenz einige Pakete preußischer Knöpfe boykottiert, sich kaltblütig den Import von Hunderttausenden Waggon preußischer Kohle ansehen kann!

Aus Nr. 125 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 8. September 1911:

„Rückeroberung“

überschreibt sich ein Artikel des Dtsch. V.-Bl. f. Gal., in dem es u. a. heißt:

Wir haben diese Geschichte der südtirolischen Gemeinde Lusern hier so ausführlich behandelt, weil sie uns in dieser Beziehung lehrreich auch für unsere deutschgalizische Arbeit zu sein scheint. Wieviel gäbe es auch bei uns zurück zu erobern! Gibt es doch auch bei uns genug Gemeinden, besonders deutsch-katholische, welche rein deutscher Herkunft und auch bis heute noch kaum mit slawischem Blut gemischt sind, und in welchen die junge Generation doch bereits sprachlich halb polonisiert ist? Wir wollen hier die Namen solcher Gemeinden nicht nennen, jeder Deutschgalizier weiß sie. Aber sollte auch nicht bei uns möglich sein, was in Südtirol mitten im italienischen Sprachgebiet möglich war? Wir dürfen uns über die Schwierigkeit freilich nicht täuschen. Die meisten dieser deutschkatholischen Gemeinden sind durch polnische Priester dahin gebracht worden, wo sie jetzt stehen. Die polnischen Priester in deutschen Gemeinden sind ja bis heute überall die schlimmsten Feinde unserer deutschnationalen Bewegung in Galizien. Und Gott sei's geklagt, nicht nur die polnischen Priester, sondern es gibt auch Priester deutscher Herkunft, deutsche Kolonistenkinder, welche in unbegreiflicher Verblendung glauben, ihrer Kirche zu dienen, indem sie ihre Volksgenossen im Dienste hochpolnischer Politik in ein fremdes Volkstum hinüberzuführen suchen. Ein zweiter Grund, warum die Rückgewinnung solcher Gemeinden außerordentlich schwer ist, ist der Mangel deutscher Schulen mit deutscher Unterrichtsprache, die teils als öffentliche, teils als Privatschulen noch in deutsch-katholischen Gemeinden bestehen, sind nur zum kleinsten Teile wirklich deutsche Erziehungsstätten. In mehreren sind bereits Renegaten eifrig an der Polonisierungsarbeit.

Trotzdem allen ziemt uns hier keine Mutlosigkeit. „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst niemand in der Welt,“ das muß auch im Hinblick auf diese schwerbedrohten und zum Teil schon halb verfallenen Volksgenossen unsere Losung sein. Keine Arbeit darf uns zu schwer dünken, wo es gilt, im Interesse unseres hehren Volkstums zu wirken. Das wichtigste, was für die Rückeroberung solcher gefährdeter Posten geschehen muß, daß ist zunächst dies, daß den deutschen Gemeinden in der Umgebung, in welcher noch völkisches Bewußtsein kräftig ist, in jeder Weise geholfen und sie in bezug auf Schule, wirtschaftliche Einrichtungen und nationales Leben so ausgestattet werden, daß die Kraft deutschen Wesens und deutschen Geistes mächtig aus ihnen hervorleuchtet. Auf diese Weise werden auch die schon von Polonisierung ergriffenen Volksgenossen aufmerksam werden; sie werden sich doch erinnern, daß sie auch das Blut dieses Volkes, dessen Leben sich wieder so kräftig in ihrer Nähe regt, in ihren Adern haben.

Aus Nr. 125 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)

vom 8. September 1911:

Unter der Überschrift:

Ein Plätzchen an der Sonne

schreibt das Deutsche Volksblatt für Galizien unter anderem:

Das Wort Kaiser Wilhelms läßt sich auch recht gut auf die Bestrebungen anwenden, die wir Deutschen in Galizien verfolgen. Auch wir wollen nichts anders, als ein Plätzchen an der Sonne. Wir glauben auch das Recht zu haben, daß wir als Deutsche in diesem Lande, für das unsere Vorfahren so treu und hingebend gearbeitet haben, leben und ungehindert unser Volkstum betätigen dürfen. Wir empfinden es als eine Beleidigung, wenn die Deutschen, die hinsichtlich ihrer kulturellen Leistungen den ersten Platz im Lande verdienen, jetzt in den Winkel gedrängt werden sollen. Wir wollen Licht und Luft und Sonnenschein für unser deutsches Volk. Und es ist gleichfalls Heuchelei und Unwahrheit, wenn man uns deswegen als Friedensstörer bezeichnen will. Gebt uns unser Recht, gebt uns deutsche Schulen für unsere deutschen Kinder, gebt uns deutsche Lehrer, deutsche Mittelschulen, gebt uns eine Möglichkeit im Landtag und Reichstag als Deutsche unsere Interessen zu vertreten, gebt unserer deutschen Sprache im Lande das Recht, das ihr nach dem Staatsgrundgesetz gebührt — mit einem Wort: laßt uns auch in der Sonne der Freiheit und Gleichberechtigung leben: und wir werden aufhören zu klagen und zu kämpfen. Wir wollen niemand anders sein Recht nehmen, niemand verdrängen: aber wir wollen auch unser Plätzchen an der Sonne haben!